

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt: Paul Haber, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Ferdinand Barbaum, Magdeburg. Druck von Franz Wetze, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1887. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 981. — Abonnement: Abnehmerzahl: 1000. Preis: 1.70 Mk., 2. Hefen 2.50 Mk. In der Expedition und den Verkaufsstellen 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. Einzelheft 5 Pf. — Anzeigen: 10 Pf. — Anfertigung: 15 Pf. —

Nr. 16.

Magdeburg, Donnerstag den 19. Januar 1905.

16. Jahrgang.

## Arbeiter! Parteigenossen!

Der allgemeine Streik der Bergarbeiter des Ruhrreviers ist proklamiert. Die Vertretung der Unternehmer, der Verein für die bergbaulichen Interessen, hat auf das höfliche Ersuchen der Vertreter der Bergarbeiter schroff und höhnisch ablehnend geantwortet. Die Grubenherren wollen überhaupt nicht mit den beauftragten Vertretern der Arbeiter verhandeln. Weil ein Teil der Bergleute, des unerträglichen Druckes müde, in Verzweiflung die Sache hingeworfen haben, deshalb, so höhnen jetzt die Unternehmer, sei keine Garantie für die „Zurückführung der Arbeiter auf den gesetzlichen Weg“ vorhanden.

Auf diese hohnvolle Zurückweisung verkündeten die Arbeiterdelegierten, gemäß dem von den Vertretern aller Organisationen gefassten Essener Beschluß, den allgemeinen Streik! Unter lauterster Entrüstung nahmen sie Kenntnis von der profigen Ablehnung und einstimmig beschloßen sie den Kampf aufzunehmen.

Damit beginnt ein Kampf, wie ihn Deutschlands Arbeiterschaft noch nicht auszukämpfen hatte. Hunderttausende Bergarbeiter sind aufgestanden, um dem mächtigsten Unternehmertum, den vereinigten Grubenmillionären die Anerkennung ihres Menschenrechts abzuringen.

Nur ein wenig Licht und Luft, nur eine geringfügige Aufbesserung des armseligen Lohnes, nur die Beseitigung der dreifachen Betrügerei des Wagennullens, nur Garantie für die Sicherheit ihres Lebens und Anerkennung des Menschen im Arbeiter, das sind die Forderungen der Bergleute. Die Unternehmer aber erklären voll Hohn, es bestehen überhaupt keine Mißstände!

Sie wollen den Kampf! Sie haben die Sache der Bergarbeiter ist die Sache aller Arbeiter. Die Bergarbeiter haben den Kampf aufgenommen im Bewußtsein ihres guten Rechts und der Erwartung, daß die ganze deutsche Arbeiterschaft hinter ihnen steht. Und sie steht hinter ihnen!

Die deutschen Arbeiter dürfen nicht tatlos zusehen, wie ihre Brüder im Ruhrrevier um ihr gutes Recht, ein wenig mehr Anteil an den Gütern, kämpfen, die sie unter steter Einsetzung ihres Lebens schaffen. Es gilt den übermütigen Großkapitalisten zu zeigen, daß die deutsche Arbeiterklasse willens ist, den geknechteten Grubenklaven beizustehen. Nicht soll der Hunger die Bergarbeiter zwingen, wieder in das Joch zurückzufahren, solange die Klassenbewußten Arbeiter das verhindern können.

Die preußische Regierung hat Kommissare ins Ruhrrevier entsandt, um mit Unternehmern und Arbeitern zu verhandeln. Heute sollen bereits die Besprechungen mit den Arbeitern stattfinden.

Wie schon oft, wird auch dieses Mal der Kapitalismus den Versuch, Besserungen für die Arbeiter zu bewirken, rücksichtslos vereiteln.

Wohl ist es Pflicht der Regierung und der Parlamente, im öffentlichen Interesse einzugreifen. Der Bergbau und das Wohl und Wehe nicht nur der Hunderttausende Bergarbeiter, die zu Millionen anschwelmen mit ihren Familien, sondern auch das Wohl und Wehe der weiteren Millionen, die vom Bergbau abhängig sind, das sollte nicht der privaten Laune einiger Milliardenäre und Millionäre überlassen bleiben. Doch unsere Regierungen sind Kapitalistenregierungen, und unsere Parlamente sind Kapitalistenparlamente. Sie handeln nicht im Volksinteresse, sondern im Interesse des Kapitals, und deshalb haben die Bergarbeiter von den Bemühungen der Kommissare des Herrn Wöller nichts zu erwarten.

Um so mehr ist es daher Pflicht der Arbeiterklasse, ihren Massengenossen, den Bergarbeitern des Ruhrreviers, beizustehen. Wir fordern deshalb die Arbeiter auf, unerbüßlich Sammlungen einzuleiten und alles daran zu setzen, um die kämpfenden so reichlich als möglich zu unterstützen.

Gewaltige Summen werden notwendig sein, soll in der nächsten Zeit der Hunger aus dem Hause des Ruhrbergmanns ferngehalten werden. Hunderttausende von Kindern sehen täglich verlangend nach dem Tisch der streikenden Väter. Auf daß nicht der Hunger über den Hunger der Kinder die Väter knirschend zwingt, die Hand der harten Herren zu füssen und demütig um Brot zu betteln:

### Gebt, was ihr könnt!

Wir appellieren an die Opferwilligkeit der Klassenbewußten Arbeiter, die sich so oft glänzend bewährt hat, wir appellieren an alle, die nicht wollen, daß der Schaffer aller

Werte, der Bergmann, der die Kohle schürft, diese Grundlage der deutschen Industrie, daß diese Hunderttausende in Hunger und Schmutz verkommen, indes die Herren des Bergbaues dem Arbeiter ebenso wie allen Konsumenten willkürlich ihre Bedingungen diktieren und Gold zum Golde, Millionen zu Milliarden häufen.

### Sammelt, gebt!

Unterstützt die streikenden Bergleute, die nicht nur ums tägliche Brot, sondern die in einem Kulturkampf für die Menschenrechte aller Arbeiter kämpfen.

Parteigenossen, unerbüßlich ans Werk!

Alle Gelder sind an den Parteikassierer

**A. Gerisch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69** einzufenden.

Berlin, 17. Januar 1905.

Der Parteivorstand.

## Wer hilft?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Am Montag mittag ward in Berlin bekannt, daß der preußische Handelsminister im Abgeordnetenhaus die Ablehnung der Arbeiterforderungen durch die Grubenbesitzer verkündet habe und daß damit der Generalstreik zur unvermeidlichen Tatsache geworden sei.

Am Dienstag morgen veröffentlicht der „Vorwärts“ einen Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes, durch den Sammlungen für die Streikenden eingeleitet werden. Im Laufe eines Tages pflanzte sich dieser Aufruf durch ganz Deutschland, fort: er wurde nirgends ungehört verhallen.

Zweifellos verraten wir kein Geheimnis, wenn wir mitteilen, daß der Eifer der Arbeiterschaft dem Aufruf des Parteivorstandes zuvorgekommen war. In Berlin zirkulierten bereits am Montag — zwei, drei Stunden nach dem Bekanntwerden der Kriegserklärung — in sozialdemokratischen Arbeiterkreisen Sammel Listen, die, soweit wir unterrichtet sind, bald sehr erhebliche Beträge aufwiesen.

Wir würden diese Dinge, die ja im Grunde selbstverständlich sind, nicht zum besten geben, wenn wir damit nicht einen ganz bestimmten Zweck verfolgten. Zu unsrer — ja, sagen wir zu unsrer „Verwunderung“ haben sich das Zentrum und die Freisinnige Volkspartei bisher gar nicht gerührt. Der Beschluß, in den Ausstand zu treten, ist nun doch nicht bloß von sozialdemokratischen, sondern auch von christlichen und freisinnigen Arbeitern gefaßt worden! Es sind nicht bloß unsere Parteigenossen, sondern viele Tausende zuverlässiger Parteigänger des Zentrums und der Volkspartei, die sich im Streik befinden. Sollen nun diese Leute ausschließlich auf sozialdemokratische Hilfe angewiesen sein? Sie wird ihnen nicht verweigert werden; denn wenn sich Arbeiter im Kampf gegen ihre Unterdrücker befinden, dann springt die Sozialdemokratie mit allen ihren Hilfsmitteln ein und kennt dabei keinen Unterschied der Partei.

Warum gehen das Zentrum und die Volkspartei nicht hin und tun desgleichen? Wo bleiben die drei großen Zentrumsgebilde Prinz Arenberg, Graf Vallerstrem, Herr v. Savigny? Als es galt, die Zentrumspläne zum Kampf um den Brotwuchertarif zusammenzuführen, da standen die drei Geldsäcke weit offen! Was werden jetzt die Zentrums magnaten zur Unterstützung ihrer leidenden christlichen Brüder im Ruhrrevier tun? Und werden sich die freisinnigen Großkapitalisten und Bankdirektoren ihrer streikenden Parteigenossen erinnern?

Wie oft ist uns von diesen beiden Parteien gesagt worden, daß unsere Theorie des Klassenkampfes ein verhängnisvoller Irrtum, und daß die Sozialdemokratie als eine „einseitige Klassenpartei“ verwerflich sei! Und wie oft haben wir darauf geantwortet, daß es innerhalb der kapitalistischen Ordnung andre Parteien als Klassenparteien gar nicht geben könne, und daß unsere Gegner, wenn sie sich auch „christlich“ oder „bürgerlich“ maskierten, doch immer nur „Massenparteien“, das heißt in ihrem Falle, politische Vertreter der herrschenden und besitzenden Klassen sein könnten!

Nun gibt es noch immer Arbeiter, die sich einbilden, sie könnten zuerst „Christen“ oder „Staatsbürger“ und erst in zweiter Linie Arbeiter sein. Es gibt Arbeiter, die sich einbilden, sie könnten als „Glaubens-“ oder als „Parteigenossen“ mit der herzoglich Arenberg'schen Familie oder auch

mit der Firma Parisius eine engere Gemeinschaft unterhalten als mit ihren „gottlosen“ und revolutionären Kameraden. Jetzt stehen diese Arbeiter in Kampf und Not und wer hilft?

Nicht die Kardinals, Bischöfe, Prälaten, nicht die Herzöge, Grafen und Barone, nicht die Bankiers und die Kommerzienräte sondern ihre Arbeitskammeraden helfen ihnen! Und sie tun es mit schlichter, einfacher Selbstverständlichkeit, nicht mit Probenjimm und gehuchelter Großmut, sondern sie tun es, weil es ihr eigenes Interesse fordert, weil alle Arbeiter der Welt ohne Unterschied der Nation, der Branche, der religiösen oder selbst der politischen Überzeugung zusammen gehören als ein einzig Volk von Leidern.

Da haben jene geglaubt, daß sie sich wunder wach gutes Blatt einlegen, wenn sie in der Armee der großen Herren die geduldrigen Trostspiele spielen. Aber wenn die Zeit der Not kommt, dann müssen sie sehen, wie sich die Klassen voneinander scheiden und nur der Arbeitsmann zum Arbeitsmann steht! —

## Die Vermittlungsversuche der Regierung.

Aus Dortmund wird uns vom 17. d. M. geschrieben:

Seitens der Bergbehörde war der Siebener-Ausschuß für heute nachmittag zu einer Konferenz nach Dortmund in das Gebäude der Oberbergbehörde geladen. Die um 4 Uhr beginnenden Verhandlungen dauerten bis 8 Uhr. Zu irgendwelchen positiven Resultaten hat die Konferenz nicht geführt; was übrigens auch nicht vorgeesehen und auch nicht möglich war. Oberbergat v. Welfen leitete die Verhandlungen. Es waren ferner noch anwesend Berggauptmann Galt und Oberbergat. Die Vertreter der Arbeiter begründeten die Forderungen, welche Punkt für Punkt durchberaten wurden, jedoch in vollständig unverbindlicher Form. Am Mittwoch will die Behörde mit dem Bergbaulichen Verein verhandeln und versuchen, am Donnerstag eine Konferenz stattfinden zu lassen, an welcher teilnehmen sollen die Regierungskommissare, die Bergbehörde, Vertreter des Bergbaulichen Vereins und der Ausschuß der Arbeiter. Diese Konferenz ist auf morgens 8½ Uhr anberaumt.

Der Forderung des Bergbaulichen Vereins auf Erhebung einer Enquete seitens der Regierung schließen sich die Arbeitervertreter an, jedoch unter dem Vorbehalt, daß zu den Erhebungen auch Vertreter der Arbeiter zugezogen werden.

Bis jetzt stehen auf über 180 Zechen annähernd 200 000 Bergarbeiter im Ausstand.

Seitens der Unternehmerpresse werden immer noch falsche Angaben verbreitet. Die Stimmung bei den Arbeitern ist sehr zuverlässig. Überall ist bisher mangelhafte Ruhe und Ordnung zu konstatieren.

## Ein Aufruf des Zentrums.

Die freche Kriegserklärung der Bergherren preßt sogar dem führenden Organ des Zentrums, der Berliner „Germania“, diesen Schrei der Empörung ab:

Wie war es nur möglich, daß das Syndikat in einem Augenblick, dessen — man muß es sagen: furchtbarer Bedeutung es sich bewußt gewesen sein muß, zu einer Verhandlung bis dahin in tadelloser Haltung verharrender Arbeiter sich verleiten lassen konnte, die auch der den Verhältnissen völlig fern Stehende als eine direkte Herausforderung der Arbeiter empfand? Ist es ein Wunder, wenn sich da Stimmen erheben, die dieses Verhalten geradezu als Aufreizung der Arbeiter zu Gewalttätigkeiten... bezeichnen? Wenn die Wirkung in der Arbeiterschaft nicht die einer förmlichen Aufreizung ist, so ist das jedenfalls nicht das Verdienst des Syndikats.

Die „Germania“ hat erst vor wenigen Tagen den Versuch gemacht, sozialdemokratischer „Verheißung“ die Schuld an der Entlohnung der Dinge im Ruhrrevier zu geben. Vielleicht hält ihre Belehrung noch einige Tage lang an, wenn auch nicht bis zur Beendigung des Ausstandes. Das ginge über Zentrumsvermögen! —

## Im Dreiklassenhaus.

Die preußische Landratskammer hat in diesen Tagen die Generaldebatte über den Etat abgehalten. Das heißt über den Etat wurde wenig gesprochen; es wurde wider Willen im Ruhrrevier. Nach Art der Junker und Bourgeois natürlich und nach Art einer Regierung, die sich als Sachwalter der besitzenden Klassen ansieht

Wie haben bisher von diesen Debatten keine oder wenigstens keine Notiz genommen. Unser beschränkter Raumverhältnis gebietet uns, dem Lesenden Material, das sich bald jede Stunde in verschwendlicher Fülle über uns ergießt, den Vorzug zu geben. Die Leser haben aber nichts dadurch verloren. Der letzte Tag der Debatte, der Dienstag wiederholte, was die Tage vorher schon an Verzerrung und scharfmacherischer Verdrehung gebracht hatten. Es genügt daher, wenn wir gedrängt berichten, was die Mitglieder des Junkerhauses am Dienstag zu sagen hatten.

Die Debatte drehte sich anschließend um den Generalfreistreit der Bergarbeiter. Die Regierung nahm die Wunde der Unparteilichkeit, die einen Tag lang schlecht genug ihr arbeitgeberndes Gesicht bedeckte, ab und ließ die Verletzung der Unternehmer gegen die Arbeiter — um im Tone dieser Herren zu reden — in der allerschlimmsten Weise.

Hammerstein fügte sich dem großen sozialen Kampf gegenüber als der Polizeiminister. Er hofft mit den Mitteln der „ordinären Polizei“ auszukommen. Wenn aber die Arbeiter sich zu der geringsten Ausschreitung verleiten lassen, dann wird die Flinte, die sie jetzt in der Schale, der Haut, dann wird das berühmte Volksherr seine Tätigkeit beginnen. Vorläufig hoffen die Minister allerdings, daß die Bergarbeiter der Parole zum Generalfreist nicht folgen werden.

Etwas vornehmer und verächtlicher spielte der Handelsminister Müller dieselbe Melodie. Unter dem Vorwand, zu einer Verständigung beigetragen, die doch von den Unternehmern mit größter Schöfflichkeit abgelehnt worden ist, wollte er sein Urteil über die Forderungen der Bergarbeiter, die heute der Zentrumsabgeordnete Brunt in vollem Umfang als das Mindestmaß des Berechtigten anerkannt, nicht abgeben, beschränkte sich vielmehr darauf, die Arbeiterkraft wegen ihres wechselnden Sinnes für Gesetzmäßigkeit mit den schwierigsten Vorwürfen zu traktieren und die Unternehmer als reine Engel, alle Vorwürfe gegen sie als unhaltbar und grundlos hinzustellen. Da er aber durch die Ausführungen des Abg. Brunt von Zentrum und des Gewerkschaftsinlers Goldschmidt gezwungen war, auf die Sache selbst einzugehen, brach an einigen Stellen unfreiwillig das Gehändnis hervor, daß in der Tat den Arbeitern kein anderer Ausweg gebietet sei, als der von ihnen eingeschlagene. Minister Müller sagte zunächst vom Wagnern, daß es auf einzelnen Gruben nicht statfinde, weil die Kohlen dort rein seien; die Arbeiter müssen es also entgelten, wenn die Kohlen anderer Gruben nicht so hochwertig sind. Der Minister mußte ferner anerkennen, daß der Uebermut der Grubenbarone nie zulassen würde, auf friedlichem Verhandlungsweg zu einem Abkommen über die Lohnhöhe zwischen ihren Organisationen und denen der Arbeiter zu gelangen, und daß nur durch lange, schwere, opfervolle Kämpfe die Arbeiter dieses Ziel erreichen könnten. Daraus schloß nun der Minister, daß die Arbeiter auf ihr Mitbestimmungsrecht über die Lohnhöhe hätten verzichten sollen. Die Arbeiter aber werden mit Recht daraus die Folgerung ziehen, daß sie aus guten Gründen zum Generalfreist als der letzten Waffe gegriffen haben.

Ganz schamlos auf die Seite des Unternehmertums stellten sich die nationalliberalen Abg. Girsch und Schmieding. Sie weigern den Arbeitern den Achtungsbegrüßung und jede Lohnsteigerung oder sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die herrschende Unzufriedenheit, die sie nicht leugnen können, führen sie nach altem Rezept auf die „sozialdemokratische — und politische — Verheerung“ zurück. Daß sie dabei gegen die klaren Tatsachen verstoßen, geriert sie wenig. Aber in demselben Atemzug, in dem sie den Arbeiterorganisationen die schwersten Vorwürfe machen, ihrem Einfluß den Zustand zur Last zu legen, die die Arbeiterverbände, deren Willen zum Trotz die Bergarbeiter in den Kampf eingetreten seien.

Die Hege der Nationalliberalen übertrumpfte noch der konservativen Abg. Windler. Er verlangte nicht mehr und nicht weniger als Anlaß dieses Generalfreists als ein neues Sozialistengesetz! Trotz allen agrarischen Hasses gegen das mobile Großkapital ist eben bei den Konservativen die Feindseligkeit gegen die Arbeiterbewegung, die ohnmächtige Wut gegen ihre Fortschritte und Leistungen der Grundzug der Politik.

Mit keinem Wort antworteten die Minister, die selbst den sanftesten Worten des christlichen Arbeiters Brunt und des liberalen Goldschmidt sofort entgegenzutreten sich gedrungen fühlten, auf diese scharfmacherischen Darstellungen der Lage und Bewegung der Grubenarbeiter. Ob danach der Zentrumsmann Brunt noch auf die „unparteiliche“ Enquete der Regierung hofft oder darauf, daß sie, wie bei dem großen Bergarbeiterstreik in Oesterreich erklären wird, auf dem Wege der Gesetzgebung die durchaus berechtigten Forderungen der Arbeiter zu bewirklichen? Der preussische Landtag wird sie dazu nicht drängen, nun hat der Reichstag das Wort.

### Der Aufruf des Siebener-Ausschusses.

In dem Aufruf, der den allgemeinen Streik aller Belegschaften verkündet, heißt es u. a.:

Wir sind nunmehr in einem schweren wirtschaftlichen Kampf um die Rechte der gesamten Bergarbeiterklasse eingetreten. Mit beispielloser Einigkeit fordern die Arbeiter aller Verbände die Anerkennung der Arbeiterkraft! Der Grubenbesitzer sollen wir, wir wollen keine Vorrechte, wir wollen nichts Unerfüllbares! Gerechtigkeit nur Gerechtigkeit heißt unsre Parole. Und der Grubenbesitzer wollen kämpfen wir.

Kameraden, nun der organisierte Kampf von den Organisationen geführt wird, heißt es strenge Disziplin halten, wie auch die geringste Ausschreitung zu verhindern! Belästigt keine Arbeitswilligen, halbiert streng die dienstliche Ordnung aufrecht, leinerelei Anjanahme vor den Zehen und auf den Straßen! Weibei Freng den Alkohol, denn er ist unser schlimmster Feind! Silber selbst eure Polizei, laßt überall für Ordnungsmannschaften zur Unterdrückung der Rebellen. Je ruhiger wir den uns angezwungenen Kampf führen, desto mehr imponieren die Oeffentlichkeit mit uns. Je entschlossener und ruhiger wir handeln, desto größer ist unser Erfolg. Die Zehnerweise nach Militär, zeigen wir durch unsere Disziplin die Aufrichtigkeit der Aufrichtigkeit. Kameraden, wir sind aber gewillt sind, einzeln und geschlossen den Kampf um ihre Befreiung durchzuführen. Kameraden, unsere Parole lautet darum: Unbedingte Einigkeit und Entschlossenheit!

Kameraden, von nun an heißt es für jeden, sich an die Anordnungen der unterzeichneten Kommission zu halten. Nur das ist maßgebend für die Belegschaften, was die unterzeichnete Kommission bekannt gibt. Kehrt Euch nicht an andere, hört nur auf die Beschlüsse der Verbandsleiter. Wenn andere Leute das Recht, sich in unsere Sache zu mischen. Unser Kampf ist eine rein bergarbeiterliche Angelegenheit, und wir weisen die Einmischung irgendwelcher anderer Faktoren in diesem Bergarbeiterkampf entschieden zurück. Was zu beschließen und anzuordnen ist, wissen wir selbst, wir brauchen keine Lebensregierung. Unser Kampf muß nur von rein bergarbeiterlichen Gesichtspunkten geführt werden, um so besser für uns!

Die Unternehmerpresse, die auf nichts so sehr stolz ist, als auf ihren „Ordnungsgütern“, muß bestimmt eingestehen, daß die Aufhebung der „Ordnung“, selbst für ihre Polizei zu sorgen, überall Wehrländ. Die „Köln. Ztg.“ meldet z. B.: „Die Führer der Ausständigen errichten überall Streikbureaus und organisieren Ordnungsmannschaften. Die Vorstände der Arbeiterverbände haben auch beschlossen, bei jeder Bege von den vier Verbänden je einen Posten aufzustellen, die Ordnung unter den Ausständigen halten und jede Verletzung der Arbeitswilligen verhindern sollen.“

So zerrinnen die Hoffnungen der die Ordnung vermissenden „Ordnungsgüter“.

### Rundgebungen internationaler Solidarität.

Am Sonntag abend fand im Brüsseler Volkshaus im Anschluß an eine Sitzung des internationalen sozialistischen Bureaus ein großer Kommerz statt, an welchem circa 4000 Personen teilnahmen. Nach kurzer Begrüßung durch Vandervelde nahm Genosse Vebel das Wort. Er bringt die Sympathien, welche die Sozialdemokratie aller Länder, vor allem auch die Deutschlands, für das belgische Proletariat hat, zum Ausdruck. Nachdem er seine Freude über die in Frankreich vollzogene Einigung ausgesprochen, kommt er auf die beginnenden Kämpfe im Ruhrgebiet zu sprechen. In wenigen Tagen würden voraussichtlich gegen 200 000 Bergleute im Ausstand sich befinden. Genosse Vebel rechnet auf die internationale Solidarität; er spricht die Hoffnung aus, daß das Proletariat aller Länder die deutschen Bergleute in ihrem gewaltigen Kampf unterstützen werde, so daß es den international organisierten Kohlenmagnaten nicht gelingen werde, Streikbrecher im Ausland anzumerben oder den Kohlenbedarf in anderen Ländern zu decken. Die von Vandervelde übersehte Rede wird mit ungeheurem Beifall aufgenommen.

Aus Prag erhält ferner der „Vorwärts“ folgendes Telegramm: „Glück auf! zum aufgezogenen Kampf den deutschen Bergarbeitern! Unter internationalen brüderlichen Solidarität werden wir auch tatkräftigen Ausdruck verleihen. Partei-Exekutive der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Anton Nemeč, Vorsitzender.“

### Nieder mit den „Christlichen“!

Die nationale liberale „Köln. Ztg.“, das rheinische Hauptorgan des Gruben- und Industriefapitals, schreibt empört:

Auffallend ist es, wie sich in verschiedenen Belegschaftsversammlungen sozialdemokratische Agitatoren, die nicht Bergleute sind und nie waren, als Redner vordrängen. Die Sozialdemokratie will jetzt ernten und muß dazu überall die Führung übernehmen. Nach dieser Richtung kann nicht genug darauf hingewiesen werden, welche schlaue Taktik in der entscheidenden Versammlung die Führer des sozialdemokratischen Verbandes einzuwenden. Sie überließen die Ausrichtung des allgemeinen Kampfes den Führern des christlichen Gewerkschafts. Köpfer und Erert. Als diese den entscheidenden Schritt verkündet und als Parole den Kampf ausgegeben hatten, gab Herr Schage im Namen der Sozialdemokratie den Segen dazu. Den christlichen Gewerkschaftlern hätte man in ihrem Interesse mehr politische Klugheit zutrauen sollen. Sie haben das vernünftige Urteil bestritten, das schon seit einigen Tagen die öffentliche Meinung über den Wert und die Bedeutung der Organisation des christlichen Gewerkschafts gefällt hat.

Der Wert und die Bedeutung der Organisation des christlichen Gewerkschafts besteht in den Augen der Unternehmer im unterschiedslosen Streikbruch. Sowie jene Arbeiter sich einmal nicht als demütige, gehorsame Christen, sondern als selbstbewusste kampfbereite Arbeiter fühlen, ist das „vernichtende Urteil“ über sie gesprochen.

Das sind die Konsequenzen des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit. Er wird täglich ebenso erbittert geführt, wie sein Feind täglich von der Unternehmerpresse heuchlerisch gelobt wird. Nur die Stimme höherer Gefahr öffnet den Federklappen des Unternehmertums den Mund zum Aussprechen dessen was ist.

In der Natur dieses Zustandes, nicht in der Beredlichkeit sozialdemokratischer „Agitatoren“ liegt es, daß allerdings die Sozialdemokratie ihre „Ehre“ hält — die Sozialdemokratie als die einzige Partei, die durch den Klassenkampf die Grauel des Klassenkampfes überwinden will. —

## Deutschland.

\* Berlin, 18. Januar. Den Lohn der Wahrheit hat der Volksschullehrer Ridel in Trafehnen erhalten. Er ist im Disziplinarwege seines Amtes entlassen. Seine Wohnung ist ihm zum 1. Februar gekündigt. Seine Frau ist schwer krank, und er ist vollständig mittellos. Was hat der Mann verbrochen, den man zur Winterzeit mit seinem kranken Weibe hinaus ins Glend jagt? Er hat sich vermessend, einer Fachzeitschrift für Pferde zu liefern und hat damit die Gegend berühmt gemacht, in der Pferde in Marmorfällen und Lehrer und Schulkinder in verfallenen Hütten hausen. Er hat es ermöglicht, daß die orientalischen Verwaltungsgrundzüge eines Herrn v. Dettlingen in der Oeffentlichkeit kritisiert worden sind. Das Material, das Herr Ridel erbracht, hat sich vor Gericht, wo man den Angeklagten als einen bescheidenen und rechtlichgelehrten Mann kennen lernte, in allen handhäslichen Punkten als einwandfrei erwiesen. Trotzdem ist Ridel verurteilt worden. Schwere aber als das Urteil der Richter trifft ihn das der Disziplinarbehörden, das ihn seines Amtes verlustig erklärt. Wer ein Lehrer sein will, wie man sie in Preußen haben will, ein Duktant, Feuchler und Streber, wird sich keinen Fall als Warnung dienen lassen. —

— Die heutige Verlustliste aus Südwestafrika lautet: Ka Sungenzündung gestorben der Reiter Ernst

Schneid am 13. d. M. im Lazarett zu Windhof; leicht verletzt und der Reiter Karl Abrecht im Besatz der Stamprietfontein. — Es stehen und wurden in der Dornenwäld 10 400 Mann, darunter 700 Verwundete und Kranke. Nicht weniger als 2730 Mann befinden sich auf der Reise oder gehen in nächster Zeit ab. Das macht also eine Gesamtzahl von 13 130 Mann. Die Kosten des Krieges, dessen Ende noch immer nicht abzusehen, werden mit 250 Millionen nicht zu decken sein. —

— Auf der Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte für Schleswig-Holstein ist der Bundesvorsitzende, Freiherr v. Wangenheim, u. a. auch auf die Vorhänge zu sprechen gekommen, die sich bei der Reichstagswahl in Frankfurt a. O. abgespielt haben. Dabei führte der Redner nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ aus:

Auf äußerste Mäße die Haltung der Nationalliberalen gemißbilligt werden, die durch ihre Quertreibereien den Wahlkreis des Dr. Dertel in die Hände der Sozialdemokratie . . . geliefert hätten, während die Regierung bei der Nachwahl in Frankfurt a. O. all ihren Einfluß aufgeboden habe, um Anhänger der Rechten zum Umfall zu bewegen und die Wahl Wassermanns durchzusetzen.

Bekanntlich ist das Mandat des Genossen Braun deshalb kassiert worden, weil die Regierung ihren Einfluß zugunsten eines seiner Gegenkandidaten geltend gemacht hatte. Und jetzt sieht Herr Wassermann im Reichstag dank dem Einflusse der Regierung! —

— Die scharfmacherische Zeitung „Die Post“, der Schleiffstein der Stummischen Erben, dementiert die Blättermeldung, daß sie am 31. März ihr Erscheinen einstellen werde. Sie erklärt, die Zeitung bleibe in ihrer vollen Selbständigkeit erhalten, die Frage des Eingehens habe überhaupt nicht zur Erwägung gestanden. Nicht auch die Verschmelzung mit den „Neuesten Nachrichten“, dem Schleiffstein der Kruppischen Erben? Darüber schweigt sich das Blatt aus.

\* Stuttgart, 17. Januar. Der den Ständen heute zugewandene Entwurf eines Volksschulgesetzes sieht in erster Linie eine Verbesserung der Gehälter der Volksschullehrer und -lehrerinnen vor: Für die ständigen Lehrer und Lehrerinnen hat der Staat 710 000 Mark, für die nichtständigen haben die Gemeinden 150 000 Mark jährlich mehr aufzubringen. Die Gehaltsausbesserung besteht in Verkürzung der Vorrückungsfristen und in Erhöhung der Höhe der letzten Dienstaltersstufen. Außerdem bestimmt der Entwurf, daß bei den Schulstellen, mit denen noch der Wehrdienst verbunden ist, die Trennung der beiden Dienste zum 1. April d. J. zu erfolgen hat. —

## Schweiz.

Einen Sozialdemokraten als Präsidenten des Großen Stadtrats hat nun auch die Bundesstadt Bern in der Person des Genossen Abbotz erhalten. Bekanntlich ist unser aller Genosse Abbotz zurzeit Präsident im Großen Rat zu Jürich. —

## Italien.

Die Niederlage Prampolini bei der Nachwahl in Reggio (Emilia) am vergangenen Sonntag ist für uns italienischen Parteigenossen ein harter Schlag. Der Kreis bestand seit 1895 ununterbrochen in sozialistischen Händen. Das Wahlergebnis ist folgendes: Von 5501 Wahlmännern erhielt Prampolini 2576, der Gegenkandidat Spallanzani 2837 Stimmen. Hier fehlt allerdings noch das Resultat eines Bezirks; nach neueren telegraphischen Nachrichten erlag Prampolini mit nur 85 Stimmen. Spallanzani war der gemeinschaftliche Kandidat der Moderierten und der Christlichen. Die letzteren besolgen immer mehr die Taktik der aktiven Beteiligung an der Politik und an den Wahlen, und zwar greifen sie ein zugunsten der Regierung. Die Annäherung zwischen Christen und Liberalen macht immer weitere Fortschritte und unsre Parteigenossen werden mit diesem neuen Verbündeten der Reaktion, dessen Macht nicht unterdrückt werden darf, in der Zukunft mehr und mehr zu rechnen haben. —

## Rußland.

Der Kongreß russischer Kriminalisten, der erste, der seit 1875 abgehalten werden sollte, trat am Dienstag in Kiew zusammen. Er wurde aber sofort von der Polizei verboten. Angeht dieses Verbots trat der Kongreß in die Verhandlungen ein und faßte erste Resolutionen. — In Kertich (Gouvernement Taurien) war ein politisches Bankett angelegt worden; die Polizei schloß indessen alle Restaurants, um es zu verhindern. Das Publikum drang aber in eines der geschlossenen Lokale ein, in dem dann eine Anzahl Reden gehalten wurden. Danach zogen die Teilnehmer an der Versammlung auf die Straße, wo sie die Marxeillaise sangen und riefen: „Es lebe die politische Freiheit!“ Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfall. Die Polizei verhielt sich auf der Straße abwartend, weil sie sich zu schwach fühlte. —

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 18. Januar 1905.

— Vorarbeiten zur Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Ueber die Bezirksversammlungen, in denen gestern abend die Genossen Magdeburgs zur Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stellung nahmen, sind uns folgende Berichte zugegangen:

**Buckau.**  
Zur Versammlung waren etwa 40 Teilnehmer erschienen. Der Generalversammlung soll der Vorschlag gemacht werden, den alten Vorstand en bloc wiederzuwählen. An Stelle des bisherigen Bezirksleiters wurde Genosse Neuhaus gewählt. Zum Bezirkskassierer bestimmte die Versammlung den Genossen Kuhnert. In den Ausschuss wurden die Genossen Heinz, Koch und Behmrod, in die Preßkommission Schornweber delegiert. In der Diskussion über die zu entlassende Agitation, um mehr Mitglieder und mehr Abonnenten für die Volksstimme zu gewinnen, wurden eine ganze Reihe von Anregungen gegeben. Der Bezirksleiter wurde beauftragt, gemäß den gegebenen Hinweisen die Agitation in die Wege zu leiten. Zum Schluß wurde noch ein Antrag angenommen, in nächster Zeit die Besuche des Konjunkturereins einer Besichtigung zu unterziehen. —

**Endenburg.**  
Die Versammlung in der war nur schwach besucht. Als Vorstandsmitglieder sollen in Vorschlag gebracht werden: Genosse Vater als Vorsitzender, Richter als Kassierer und Lindau als Schriftführer. Die Bezirksleitung soll in die Hände des Genossen Häst und Königstedt gelegt werden. Als Mitglied der Preßkommission wurde Genosse Wiegand gewählt. In dem Ausschuss wurden endlich die Genossen Frenzel und Reichert delegiert. Mit einer Aufforderung, die Agitation für die Presse und den Verein nicht erlahmen zu lassen, wurde die Versammlung geschlossen. —

## Deutscher Reichstag.

(120. Sitzung.)

Berlin, 17. Januar, 1 Uhr.

Die

### zweite Sitzberatung

wird fortgesetzt beim Reichschahamit, Titel Staatssekretär.

Abg. Dr. Hermes (Freis. Vp.) macht auf Härten des Süßstoffgesetzes aufmerksam. Im März 1903 habe ich auf die Härten hingewiesen und Wiedereingeregung angeregt, die auch auf der rechten und beim Zentrum Anklang fanden. — Das Süßstoffgesetz ist ein Ausnahmengesetz, durch welches eine blühende Industrie zugunsten einer mächti- gen, der Zuckerindustrie, auf einmal untergraben wurde. Jetzt sind die Süßstoff-Fabrikanten genötigt, sich mit ihrer Industrie ins Ausland zu flüchten. Der Ausfall von 1000 Doppelzentner Saccharin bedeutet einen Mehrverbrauch von 750 000 Doppelzentner Zucker und eine Mehrernte des Reichs von 7 1/2 Millionen Mark pro Jahr. Die Hälfte dieser Summe würde genügen, den Saccharin-Fabrikanten eine entsprechende Entschädigung zu gewähren. Von der Antwort des Staatssekretärs wird es abhängen, ob ich in einer Resolution oder in einem Antrag auf die Sache zurückkommen werde. (Beif. links.)

Reichschahamit Frhr. v. Stengel: Manchen Anregungen des Vorredners stehe ich wohlwollend gegenüber. Der Reichstag hat sich für Erleichterung, aber nicht für volle Entschädigung ausgesprochen. Das Reichschahamit ist nicht abgeneigt, mit den Saccharin-Besitzern wegen eines Anlaufs ihrer Vorräte an Süßstoff durch das Reich in Verhandlung zu treten. — Für eine grundlegende Veränderung der Süßstoff-Gesetzgebung dürfte sich kaum eine Mehrheit finden.

Auf Antrag Dr. Spahn (Ztr.) wird ein Antrag Hise und Genossen (Ztr.) auf Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses für Reichsbeamte unter besonderer Berücksichtigung der Familienväter mit zur Beratung gestellt.

Abg. Dr. Hermes (Freis. Vp.) erklärt, er werde in der Budgetkommission auf die Frage der Reform der Süßstoffgesetzgebung zurückkommen.

Abg. Kirsch (Ztr.) wünscht Auskunft darüber, ob die Regierung plane, ohne Genehmigung des Reichstags eine neue Form des Fünfmars, und des Fünfzigpfennigstückes zu prägen. — Redner begründet dann die Resolution Hise unter Hinweis auf die hohen Mieten, zumal in den Großstädten. Namentlich muß auch Zahl und Alter der Kinder berücksichtigt werden. Ist ein Beamter zehn Jahre verheiratet, dann hat er neun Kinder. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.) bedauert, daß die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die unteren Beamten nicht schon in den diesjährigen Etat eingestellt sei. — Die Finanzlage des Reichs sei leucra, aber zu übertriebenem Besinnismus keinen Anlaß. — Redner wünscht ferner die Prägung silberner Schüler-Denkmalen. (Beif. b. d. Rp.)

Staatssekretär Frhr. v. Stengel teilt mit, daß seit Anfang des Jahres ein neues stärker geringeltes Fünzigpfennigstück fertig gestellt worden ist, das in den nächsten Wochen in größerer Menge zur Ausgabe gelangen wird. — Die süddeutschen Abgeordneten in erster Linie haben behauptet, daß in weiten Volksteilen ein Interesse an der Schaffung von Dreimarckstücken vorhanden sei. Wir haben eine Enquete veranlaßt, die noch nicht abgeschlossen ist und die sich keineswegs, wie behauptet wird, bloß an die Handelskammern, sondern auch an die Landwirtschaftskammern, Gewerkschaften, Warenhäuser, Schankwirte usw. richtet. — Wir sind entschlossen, vom 1. April 1906 an wenigstens den unteren Reichsbeamten einen höheren Wohnungsgeldzuschuß zu gewähren.

Abg. Heil (Freis. Vp.): Es ist von größter Bedeutung, daß sich der größte Teil der Handelskammern — die keineswegs einseitige Vertreter der Großbanken sind — sich gegen Neuprägung eines Dreimarckstücks ausgesprochen haben. Mit den Fünfmars, Zwemars und Einmarckstücken wird der Bedarf an kleinen Umlaufmitteln gedeckt. (Beif. b. d. Freis.)

Abg. Fischer (Ztr.) tritt für gerechtere und gleichmäßigere Behandlung der Militär-Anwärter ein. (Beif. l. Ztr.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Vp.) spricht sich für die Resolution Hise betr. Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses aus. Wenn der Reichschahamit denkt, erst nach Verhandlung mit dem preussischen Finanzminister die Erhöhung in Kraft treten zu lassen, dann — kennt er Buchholzen schlecht. (Heiterkeit.) Für die Ausprägung von

Schüler-Denkmalen kann ich mich nicht beäussern. Schon in der ganze Tiergarten ma-moriert (Heiterkeit); sollen wir jetzt zur Denkmalschleife noch die Denkmalschleife bekommen? (Heiterl. u. Beif. links.)

Abg. Singer (Soz.): Den Klagen, die von verschiedenen Seiten über die Verteilung der Veteranenbeihilfen erhoben werden, kann ich mich nur anschließen. Wir haben bereits bei Entschädigung des Gelehrs auf die Kausalnatur des Ausdrucks „Widrigkeit“ hingewiesen, und die vielen Klagen, welche jetzt eintausen, beweisen, wie sehr wir hatten, als wir den schönen Versprechungen nicht trauten, daß die politische Bestimmung bei der Verteilung unter keinen Umständen in Betracht kommen werde. Wir verlangen, daß jeder die Beihilfe erhält, dessen Bedürftigkeit nachgewiesen ist. (Bravo! b. d. Soz.) Der Zentrumsvorstellung über den Wohnungsgeldzuschuß stimmen wir zu. Schwach und unbestimmt ist sie freilich. Es hat Sinn, daß man zuerst die Unterbeamten aufbessern will, während man es in Preußen gerade umgekehrt gemacht und zuerst die Ministergehälter erhöht hat. Aber auch die mittleren Beamten leiden unter den jetzigen Verhältnissen. Auch wird sich die Berücksichtigung der Familienverhältnisse schwer gestalten lassen. Auf keinen Fall dürfen die Beamten länger warten. (Beif. b. d. Soz.)

Staatssekretär Frhr. v. Stengel: Die Einzelregierungen haben die Erklärung abgegeben, die ich nur wiederholen kann, daß sie bei der Verteilung der Veteranenbeihilfen keine Rücksicht auf die politische Gesinnung nehmen. (Beif. rechts.)

Abg. Frhr. v. Rittschoten (konf.) wünscht ebenfalls nicht, daß bei den Veteranenbeihilfen Unterschiede der politischen Gesinnung gemacht werden — Denkmäler sollten nur ganz verdingelt gedruckt werden. — Wir haben für die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses die größten Schwierigkeiten, können aber nicht für die Resolution Dr. Hise stimmen. (Beif. links.)

Abg. Hug (Ztr.) weist auf Baden als Muster für die Regelung des Wohnungsgeldzuschusses hin.

Abg. Dr. Arendt (Rp.) wirt dem Abg. Singer vor, daß er die Frage der Veteranenbeihilfe zur agitatorischen Verheißung benutze.

Abg. Gothein (Freis. Vg.) weist auf eine Anzahl Fälle, speziell aus seinem Wahlkreis Greifswald-Grimmen hin, welche darauf deuten, daß bei der Verteilung der Veteranenbeihilfen politische Rücksichten mitzuspielen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.) wundert sich darüber, daß Abg. Gothein den Beweis antrete, den er, Redner, vom Abg. Singer verlangt habe.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Vp.): Tun Sie, Herr Dr. Arendt, doch nicht so, als ob Sie nicht wüßten, daß bei der Zuweisung von Unterstellungen politische Momente mitzuspielen! (Sch. gut! links.)

Abg. Singer (Soz.): Für Dr. Arendt hebt derjenige, der die Wahrheit sagt, Anrechte. Die Ausführungen der Vorredner beweisen, daß in der Tat politische Gesichtspunkte bei der Verteilung der Veteranenbeihilfen mitzuspielen. Hoffentlich wendet der Reichschahamit seinen Einfluß dahin auf, daß dieser Mißstand abgestellt wird. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Grünberg (Soz.): Heute haben die Gemeindevorsteher über die „Widrigkeit“ derer zu entscheiden, die um Veteranenbeihilfen einkommen. Dabei kommt es, daß doch immer auf die politische Anhängigkeit Rücksicht genommen wird. Es sollte nur die Einkommensteuer-Veranlagung maßgebend sein.

Abg. Graf Drota (natf.): Es steht kein Wort davon in dem Gesetz, daß Personen wegen Beleidigung der Beihilfe verurteilt werden können. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nur z. B. Gewohnheits-trinker und Züchtelkäufer sollen der Beihilfe unzulässig sein.

Abg. Lieber (Ztr.): Sämtliche Parteien sind einig darin, daß nur ein unwidriger Lebenswandel zur Aberkennung der Veteranengelder führen soll. Leider herrschen in den verschiedenen Gemeinden ganz verschiedene Ansichten darüber, was „Erwerbsunfähigkeit“ ist und es bekommen nicht immer die wirklich Bedürftigen die Beihilfe.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Gothein (Freis. Vg.), Werner (Ant.) und Prinz Schönau-Carolath (natf.) schließt die Debatte. Der Titel wird bewilligt. Die Resolution Dr. Hise wird angenommen; ebenso debattlos der Rest des Etats.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Etat des Reichseisenbahnamts, des Rechnungshofs und der Reichspost.)

Schluß 5 1/2 Uhr. —

## Zur Reichstags-Stichwahl in Calbe-Neuburg.

### Auf zur Stichwahl!

Herr Hirschfelder, der am Freitag nicht daran glaubte, daß in der Stichwahl Blode gewählt werden könnte, hat inzwischen seine Meinung geändert. Am Montag ließ er diese Stichwahlbetrachtung von Stapel:

Die Stichwahl findet Anfang nächster Woche statt, und zwar schon am 24. Januar, drei Tage vor Kaiser's Geburtstag. Es ist eine selten schöne Gelegenheit, in diesen Tagen festlich patriotischer Erhebung, wo so viel monarchische Liebe und Treue über die Lippen fließt, auch durch die Tat zu beweisen, daß man von der Sozialdemokratie nichts wissen will. Bei der Wahl zwischen einem Blode und einem Albrecht sollte die Entscheidung für jeden Bürgermann jeglichen Standes wirklich nicht schwer fallen. Eine abgrundtiefe Kluft steht zwischen der nationalen deutlichen und der international revolutionären Weltanschauung. Es will ja heilsich nicht jeder, der sozialdemokratisch wählt, mit Barrikade und Dynamit das unterste zu oberst lehren, daß aber die Verwirklichung der Ziele der Sozialdemokratie gründliche Arbeit erfordert, daß über Blut und Tränen — schlimmer wie im schlimmsten Kriege — der Weg zu kurzer sozialdemokratischer Herrschaft gehen würde, das ist sonnenklar. Die Pariser Kommune — anno 1871 — spricht lehrreich genug! Die sozialdemokratische Anechtenschaft ist jetzt schon groß und gemüht darf nicht werden, aber im proletarischen Zukunftsstaat erst, da werden selbst die Englein weinen, halt zu singen. — Die Entscheidung in der Stichwahl liegt beim Mund der Handwerker und beim Mund der Landwirte. Diese beiden Gruppen haben unlegbar das Verdienst, daß überhaupt eine Stichwahl ermöglicht wurde, andernfalls wäre Herr Blode mit großer Wahrscheinlichkeit gleich im ersten Wahlgang erlegen. Ein Verdienst kann es aber nur genannt werden, wenn nunmehr auch der bürgerliche Sieg folgt, sonst wären Kosten, Arbeit und Verger vergebens gewesen. Es mag manchem schwer werden, nun für Herrn Blode zu stimmen, aber im Hinblick auf Monarchie, Vaterland, auf alle unsere heiligen Güter muß das Opfer gebracht werden. Wir sagen vor einigen Tagen, daß die Stimmen für Herrn Hirschfelder einen Protest gegen die Regierung bezeugten und sind damit hier und da falsch verstanden, als ob wir sie den Sozialdemokraten zurechneten. Das fällt natürlich uns wie keinem vernünftigen Menschen im Traume ein, aber diese Stimmen sind der Ausdruck einer großen Unzufriedenheit in gewissen, gut nationalen Kreisen, die der Regierung zu denken geben sollte. Und da wir wissen, daß unser Blatt ziemlich hoch hinauf gelesen wird, so wollen wir auf das wachsende Unbehagen im Mittelstand vernehmlich hinweisen. — Wir wollen hoffen, daß auch der letzte Hirschfelder und der letzte Zentrumsmann bei der Stichwahl seine Stimme abgibt, sei es auch nur, um den unerträglichen Uebelmut und Zerwürfismus der Sozialdemokratie ein vernünftiges Geißel zuzurufen, ihm einen Dämpfer aufzusetzen, denn so geht es halb nicht mehr auf weiter!

Da haben wir die Befürchtung. Dolch und Gift, Dynamit und Barrikaden, Pariser Kommune und ähnliche Dinge müssen jetzt schon aufmarschieren, um die Spießer gruselig zu machen. Und dabei stehen wir noch acht Tage vor dem Stichwahltermin. Das läßt vermuten, daß wir bis zum 24. Januar noch manches erleben werden.

Zimmerhin ersehen unsere Genossen aber aus den Auffassungen des „Schönebecker Tageblatt“, daß der Ausfall der Hauptwahl in den Reihen der Gegner neuen Mut hervorgerufen hat. Sie werden alles versuchen, um dem Ohr-

## Feuilleton.

Nachdruck verboten.

### Die Nachbarn.

Ein Märchen aus dem Russischen des Solthoff-Schichtedrin.

(Fortsetzung.)

Gesagt, getan. Zoyana der Reiche ging also zum höchsten Herrn, fiel vor ihm nieder und klagte ihm sein Leid. Der mächtige Herr aber lobte Johann den Reichen dafür und sagte zu ihm: „Wohl Dir, braver Mann, daß Du Deinen Nachbarn, den armen Hans, nicht vergißt. Nichts ist der Obrigkeit wohlgefälliger, als wenn die Untertanen des Fürsten in guter Eintracht und gegenseitigem Wohlwollen miteinander leben, und es gibt kein schlimmeres Uebel, wie wenn Sie mit Haß, Streit und Verleumdung ihre Zeit verbringen.“ So sprach der Oberste und er gab seinen Gehilfen den Befehl, auf seine Verantwortung zur Probe einmal beide Johanns gleichzustellen, so daß für beide dasselbe Recht und dieselben Abgaben zu gelten hätten; und daß es nicht mehr so sei wie früher, daß der eine alle Lasten trage, während der andre tanze und Lieder sänge.

Wie nun Johann der Reiche in sein Dorf zurückkehrte, weiß er sich vor Freude nicht zu lassen.

„Lieber Freund,“ spricht er zu Johann dem Armen, „ich habe mir dank der Gnade des Kaisers einen schweren Stein vom Herzen gewälzt. Von nun an werde ich probeweise Dir gegenüber keinerlei Vorrechte mehr haben. Die Steuern, die Du bezahlst, muß auch ich von nun an zahlen. Noch einen Augenblick: und auch Du wirst bei dieser Ausgleichung Dein Stück Fleisch in der Suppe haben.“

So sprach Johann der Reiche und voller Hoffnung auf die Zukunft reiste er ins Bad, wo er zwei Jahre nacheinander in froher Ruhe verbrachte. Er ging nach Westfalen — und ah hier schönen westfälischen Schinken; in Straßburg kostete er Straßburger Posteten; in Bordeaux trank er französischen Rotwein, endlich fuhr er nach Paris — hier ah und trank er überhaupt alles, was es nur gibt. Mit einem Worte, er verbrachte die Zeit so lustig, daß er kaum wieder zurückkommen konnte. Und während der ganzen Zeit dachte er an Johann

den Armen: Jetzt nach der Ausgleichung wird er wohl dicke Backen bekommen haben.

Johann der Arme lebte unterdessen bei schwerer Arbeit in schwerer Not. Heute muß er einen Streifen Land umflügen, morgen muß er ihn eggen; heute mählt er ein Stück ab, morgen, wenn Gott gutes Wetter schickt, beginnt er das Heu zu trocknen. Er hat beinahe den Weg nach der Schenke vergessen, denn er weiß, die Schenke ist sein Verderben. Und ihm zur Seite arbeitet sein Weib, Marja Zwanowna, sie schneidet das Getreide, eggt, sammelt das Heu ein und hackt Holz. Auch die Kinder sind indes herangewachsen, und drängen sich zur Arbeit. Mit einem Wort, die ganze Familie ist Tag und Nacht auf den Weinen — und dennoch kommt die magere Suppe nicht vom Tische. Und erst seit Johann der Reiche das Dorf verlassen hat, bekommt Johann der Arme nicht einmal Feiertags eine Ueberraschung zu sehen.

„Wir haben kein Glück,“ sagt der arme Schlucker zu seiner Frau, „nun hat man unsre Lasten zur Probe gleich gemacht, und doch befinden wir uns immer auf demselben Fleck. Wir leben immer in derselben Armut und haben nichts zu beißen noch zu brechen.“

Johann der Reiche schrie auf, als er den Nachbar in derselben Armut wieder fand. Sein erster Gedanke war freilich der: Hans trage seinen ganzen Verdienst in die Schenke. „Unmöglich ist er so verstorbt, so unverbesserlich!“ rief er tiefbetrübt aus. Inzwischen, es kostete Johann den Armen gar keine Mühe zu beweisen, daß sein Verdienst nicht bloß für den Wein, sondern oft auch nicht einmal für das Salz ausreichte. Und daß er kein Verschwender, sondern ein guter Wirt war, dafür brauchte man nicht erst nach Beweisen zu suchen. Johann der Arme konnte sein ganzes Inventar vorzeigen, alles war noch in der Gestalt vorhanden, wie es vor der Badereise des Reichen gewesen war. Ein etwas lahmes, braunes Pferd, eine braune Kuh mit einer verengten Stelle, ein — Schaaf, ein Karren, ein Pflug und eine Egge. Ein alter Bauernschitten stand an den Zaun gelehnt, obgleich man im Sommer keine Verwendung für ihn hatte und man ihn leicht ohne Verlust für den Hausstand in der Schenke versetzen konnte. Man beachte sich auch die Stütte — auch da war alles vorhanden, nur aus dem Strohdach war stellen-

weise eine Hand voll Stroh ausgerissen; aber auch das kam daher, weil im vorbergangenen Frühjahr es an Futter fürs Vieh gefehlt hatte. So hatte man denn das faule Stroh als Futter für das Vieh genommen.

Mit einem Wort, es gab auch nicht eine Tafel, die dafür sprach, daß Johann der Arme ein lieberlicher Mensch oder ein Verschwender sei. Er war ein richtiger, ruhiger Bauer, den die Not schwer drückte und der all seine Kräfte anstrengte, um sein Recht auf Leben gestand zu machen, und der es dennoch durch ein leitendes betrübendes Mißverständnis in höchst ungenügender Weise zur Geltung bringen konnte.

„Gott, was ist nur das,“ jammerte Johann der Reiche, „nun hat man uns doch gleich gemacht, unsre Rechte sind doch gleich und wir zahlen doch auch gleiche Steuern, und dennoch will für Dich kein Rugen draus entspringen, woran liegt das bloß?“

Ich frage mich auch schon selber, woran es bloß liegen mag, antwortete Johann der Arme wehmütig.

Johann der Reiche strengte seinen Schädel an und fand natürlich die Ursache. Das kommt daher, weil es bei uns weder eine gesellschaftliche noch persönliche Initiative gibt. Die Gesellschaft ist zu gleichgültig; auch von den Privatpersonen denkt jeder nur an sich; die Regierenden strengen sich zwar an, aber vergebens. Also muß vor allem die Gesellschaft aufgerüttelt werden.

Gesagt — getan. Johann der Reiche berief auf dem Dorf eine Versammlung ein und hielt in Gegenwart von allen Hausbesitzern eine glänzende Rede über den Rugen der gesellschaftlichen und persönlichen Initiative. Er sprach ausführlich, weitschweifig und eindrucksvoll, er schüttete seine ganzen Perlen vor die Säue; er bewies mit Hilfe von Beispielen, daß nur die Gesellschaft die Bürgerschaft für eine geordnete Entwicklung und Lebensfähigkeit liefern könne, die über sich selbst entscheide und für sich selbst die Verantwortung trage, die Gesellschaft dagegen, welche es gestattete, daß die Ereignisse ohne eignen Anteil und eigne Mitwirkung wider ihren Willen eintreten, verurteile sich selbst zu einem langjamem Siechtum und einem schließlichen Untergang. Mit

Wir haben bisher von diesen Debatten keine oder wenig Notiz genommen. Unser beschränkter Raum... hat uns dem Tagesmaterial, das sich bald jede Stunde in verschwendlicher Fülle über uns ergoß, den Vorzug zu geben. Die Leser haben aber nichts dadurch verloren. Der letzte Tag der Debatte, der Dienstag wiederholte, was die Tage vorher schon an Verzerrung und scharfmacherischer Verdrehung gebracht hatten. Es genügt daher, wenn wir gedrängt berichten, was die Mitglieder des Junkerhauses am Dienstag zu sagen hatten.

Die Debatte drehte sich ausschließlich um den Generalfreistrich der Vergarbeiter. Die Regierung nahm die Worte der Unparteilichkeit, die einen Tag lang schlecht genug ihr arbeiterfeindliches Gesicht verdeckte, ab und trieb die Verhöhnung der Unternehmer gegen die Arbeiter — um im Tone dieser Seiten zu reden — in der allerschlimmsten Weise.

Gammereisen schloß sich dem großen sozialen Kampf gegenüber ganz als der Polizeiminister. Er hofft mit den Mitteln der „sozialen Polizei“ auszukommen. Wenn aber die Arbeiter sich zu der geringsten Ausdehnung verhalten lassen, dann wird die Finte, die schießt und der Säbel, der haut, dann wird das berühmte Volksherr seine Tätigkeit beginnen. Vorläufig hoffen die Minister allerdings, daß die Vergarbeiter der Parole zum Generalfreistrich nicht folgen werden.

Etwas vorsichtiger und verächtlicher spielte der Handelsminister Wölfler dieselbe Melodie. Unter dem Vorwand, zu einer Verständigung beizutragen, die doch von den Unternehmern mit größter Schroffheit abgelehnt worden ist, wollte er sein Urteil über die Forderungen der Vergarbeiter, die heute der Zentrumsabgeordnete Brust in vollem Umfang als das Mindestmaß des Berechtigten anerkannt, nicht abgeben, beschränkte sich vielmehr darauf, die Arbeiterchaft wegen ihres wechselliebenden Sinnes für Gesetzmäßigkeit mit den schwersten Vorwürfen zu traktieren und die Unternehmer als reine Engel, alle Vorwürfe gegen sie als unhaltbar und grundlos hinzustellen. Da er aber durch die Ausführungen des Abg. Brust vom Zentrum und des Gewerkschafters Goldschmidt gezwungen war, auf die Sache selbst einzugehen, brach er einigen Stellen unfreiwillig das Gehäusnis hervor, daß in der Tat den Arbeitern kein anderer Ausweg geblieben sei, als der von ihnen eingeschlagene. Minister Wölfler sagte zunächst vom Wagnis, daß es auf einzelnen Gruben nicht stattfinden, weil die Kohlen dort rein seien; die Arbeiter müssen es also entgelten, wenn die Kohlen anderer Gruben nicht so hochwertig sind. Der Minister mußte ferner anerkennen, daß der Uebermut der Grubenbarone nie zulassen würde, auf friedlichem Verhandlungsweg zu einem Abkommen über die Lohnhöhe zwischen ihren Organisationen und denen der Arbeiter zu gelangen, und daß nur durch lange, schwere, opfervolle Kämpfe die Arbeiter dieses Ziel erreichen könnten. Daraus schloß nun der Minister, daß die Arbeiter auf ihr Mitbestimmungsrecht über die Lohnhöhe hätten verzichten sollen. Die Arbeiter aber werden mit Recht daraus die Folgerung ziehen, daß sie aus guten Gründen zum Generalfreistrich als der letzten Waffe gegriffen haben.

Ganz rückhaltlos auf die Seite des Unternehmers tums stellten sich die nationalliberalen Abg. Girsch und Schmieding. Sie weigern den Arbeitern den Achtundtag und jede Lohnerhöhung oder sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die steigende Unzufriedenheit, die sie nicht leugnen können, führen sie nach altem Rezept auf die „sozialdemokratische — und polnische — Verheerung“ zurück. Was sie dabei gegen die klaren Tatsachen verstoßen, geniert sie wenig. Aber in demselben Atemzug, in dem sie den Arbeiterorganisationen die schwersten Vorwürfe machen, ihrem Einfluß den Zustand zur Last zu legen, die Arbeiterverbände, deren Willen zum Trotz die Vergarbeiter in den Kampf eingetreten seien.

Die Gehe der Nationalliberalen übertrumpfte noch der konserverbative Abg. Windler. Er verlangte nicht mehr und nicht weniger aus Anlaß dieses Generalfreistrichs als ein neues Sozialistengesetz! Trotz allen agrarischen Hasses gegen das mobile Kapital ist eben bei den Konserverbativen die Feindseligkeit gegen die Arbeiterbewegung, die ohnmächtige Wut gegen ihre Fortschritte und Leistungen der Grundzug der Politik.

Mit keinem Wort antworteten die Minister, die selbst den sanften Worten des christlichen Arbeiters Brust und des liberalen Goldschmidt sofort entgegenzutreten sich gedrungen fühlten, auf diese scharfmacherischen Darstellungen der Lage und Bewegung der Grubenarbeiter. Ob danach der Zentrumsmann Brust noch auf die „unparteiliche“ Enquete der Regierung hofft oder darauf, daß sie, wie bei dem großen Vergarbeiterstreik in Oesterreich erklärten wird, auf dem Wege der Gesetzgebung die durchaus beiderseitigen Forderungen der Arbeiter zu vermittelnden? Der preussische Landtag wird sie dazu nicht drängen, nun hat der Reichstag das Wort.

Der Aufruf des Siebener-Ausschusses.

In dem Aufruf, der den allgemeinen Streik aller Belegschaften verkündet, heißt es u. a.:

Wir sind nunmehr in einen schweren wirtschaftlichen Kampf um die Rechte der gesamten Vergarbeiterchaft eingetreten. Mit beispielloser Einigkeit fordern die Kameraden aller Verbände die Anerkennung der Arbeiterrechte! Das Recht, die Arbeit zu leisten, wir wollen keine Vorrechte, wir wollen nichts Unerschütterliches! Gerechtigkeit, nur Gerechtigkeit, heißt unsere Parole. Um der Gerechtigkeit willen kämpfen wir.

Kameraden, nur der organisierte Kampf von den Organisationsführern geführt wird, heißt es strenge Disziplin halten, die auch die geringste Ausbreitung zu verhindern! Belästigt keine Arbeitswilligen, haltet streng die öffentliche Ordnung aufrecht, leinet keine Anstammung vor den Behörden und auf den Straßen! Keinet streng den Alkohol, denn er ist unser schlimmster Feind! Hilbet selbst eure Polizei, sorgt überall für Ordnungsmannschaften zur Unterdrückung der Behörden. Je zahlreicher wir den uns ausgehenden Kampf führen, desto mehr schwebt die Öffentlichkeit mit uns. Je entschlossener und einmütiger wir handeln, desto größer ist unser Erfolg. Die Pressepresse muß nach Militär, zeigen wir durch unser bestes Verhalten, daß die Führer der Belegschaften nicht nur die Arbeiter sind, die aber geteilt sind, einmütig und geschlossen den Kampf um ihre Befreiung durchzuführen. Kameraden, unsere Parole lautet darum: Unbedingte Einigkeit und unerschütterliche Treue!

Kameraden, von nun an heißt es für jeden, sich an die Anordnungen der untergeordneten Kommissionen zu halten. Nur das ist möglich für die Belegschaften, was die untergeordnete Kommission bekannt gibt. Keinet Euch nicht an andere, hört nur auf die Belegschaft der Reichsbahn. Keine andere Seite hat das Recht, sich in unsere Sache zu mischen. Unser Kampf ist eine rein bergmännische Angelegenheit, und wir werden die Einmütigkeit irgendwelcher anderer Faktoren in diesem Bergarbeiterkampf entgegennehmen. Was zu beschließen und anzuordnen ist, wissen wir selbst, wir brauchen keine Nebenregierung. Unser Kampf muß nur vom rein gewerkschaftlichen Gesichtspunkt geführt werden, um so besser für uns!

Die Unternehmerpresse, die auf nichts so lebhaft hockt als auf Unruhen, muß beklümmert eingestehen, daß die Anforderungen, es „Ausschusses, selbst für ihre Polizei zu sorgen, liberal Gehör findet. Die „Köln. Ztg.“ meldet z. B.: „Die Führer der Ausständigen errichten liberal Streikbureaus und organisieren die Ordnungsmannschaften. Die Vorstände der Arbeiterverbände haben sich beschloffen, bei jeder Bede von den vier Verbänden je einen Posten aufzustellen, die Ordnung unter den Ausständigen halten und jede Verletzung der Arbeitswilligen verhindern sollen.“ So zerrinnen die Hoffnungen der die Ordnung verwirklichenden „Ordnungshüter“.

Rundgebungen internationaler Solidarität.

Am Sonntag abend fand im Brüsseler Volkshaus im Anschluß an eine Sitzung des internationalen sozialistischen Bureaus ein großer Kommerz statt, an welchem circa 4000 Personen teilnahmen. Nach kurzer Begrüßung durch Vandervelde nahm Genosse Bebel das Wort. Er bringt die Sympathien, welche die Sozialdemokratie aller Länder, vor allem auch die Deutschlands, für das belgische Proletariat hat, zum Ausdruck. Nachdem er seine Freude über die in Frankreich vollzogene Einigung ausgesprochen, kommt er auf die beginnenden Kämpfe im Ruhrgebiet zu sprechen. In wenigen Tagen würden voraussichtlich gegen 200 000 Bergleute im Ausstand sich befinden. Genosse Bebel rechnet auf die internationale Solidarität; er spricht die Hoffnung aus, daß das Proletariat aller Länder die deutschen Bergleute in ihrem gewaltigen Kampf unterstützen werde, so daß es den international organisierten Kohlenmagnaten nicht gelingen werde, Streikbrecher im Ausland anzuwerben oder den Kohlenbedarf in andern Ländern zu decken. Die von Vandervelde übersehte Rede wird mit ungeheurem Beifall aufgenommen.

Aus Prag erhält ferner der „Vorwärts“ folgendes Telegramm: „Glück auf! zum aufgezungenen Kampf den deutschen Bergarbeitern! Unser internationalen brüderlichen Solidarität werden wir auch tatkraftigen Ausdruck verleihen. Partei-Exekutiv der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Anton Remec, Vorsitzender.“

Nieder mit den „Christlichen“!

Die nationalliberale „Köln. Ztg.“, das rheinische Hauptorgan des Gruben- und Industriekapitals, schreibt empört:

Auffallend ist es, wie sich in verschiedenen Belegschaftsversammlungen sozialdemokratische Agitatoren, die nicht Bergleute sind und nie waren, als Redner vordrängen. Die Sozialdemokratie will jetzt ernten und muß dazu überall die Führung übernehmen. Nach dieser Richtung kann nicht genug darauf hingewiesen werden, welche fatale Last in der entscheidenden Versammlung die Führer des sozialdemokratischen Verbandes einbringen. Sie überließen die Ausrichtung des allgemeinen Kampfes den Führern des christlichen Gewerksvereins, Körper und Ehre. Als diese den entscheidenden Schritt verübten und als Parole den Kampf ausgegeben hatten, gab Herr Sachse im Namen der Sozialdemokratie den Segen dazu. Den christlichen Gewerksvereinslern hätte man in ihrem Interesse mehr politische Klugheit zutragen sollen. Sie haben das vernichtende Urteil bestätigt, das schon seit einigen Tagen die öffentliche Meinung über den Wert und die Bedeutung der Organisation des christlichen Gewerksvereins gefällt hat.

Der Wert und die Bedeutung der Organisation des christlichen Gewerksvereins besteht in den Augen der Unternehmer im unterschiedslosen Streikbruch. Sowie jene Arbeiter sich einmal nicht als demütige, gehorsame Christen, sondern als selbstbewusste kampfbereite Arbeiter fühlen, ist das „vernichtende Urteil“ über sie gesprochen. Das sind die Konsequenzen des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit. Er wird täglich ebenso erbittert geführt, wie sein Betreiben täglich von der Unternehmerpresse heuchlerisch geleugnet wird. Nur die Stunde höchster Gefahr öffnet den Federklaffen des Unternehmers den Mund zum Ausprechen dessen was ist.

In der Natur dieses Kampfes, nicht in der Veredamtheit sozialdemokratischer „Agitatoren“ liegt es, daß allerdings die Sozialdemokratie ihre „Ernte“ hält — die Sozialdemokratie als die einzige Partei, die durch den Klassenkampf die Greuel des Klassenkampfes überwinden will.

Deutschland.

Berlin, 18. Januar. Den Lohn der Wahrheit hat der Volksschullehrer Ridel in Trakehnen erhalten. Er ist im Disziplinarwege seines Amtes entlassen. Seine Wohnung ist ihm zum 1. Februar gekündigt. Seine Frau ist schwer krank, und er ist vollständig mittellos. Was hat der Mann verbrochen, und was zur Winterszeit mit seinem kranken Weibe hinaus ins Elend jagt? Er hat sich vermaßen, einer Fachzeitschrift für Pferde zu liefern und hat damit die Gegenbetrachtung gemacht, in der Pferde in Marmorfalten und Lehrer und Schulkinder in verfallenen Hütten hauen. Er hat es ermöglicht, daß die orientalischen Verwaltungsgrundzüge eines Herrn v. Dettigen in der Öffentlichkeit kritisiert worden sind. Das Material, das Herr Ridel erbracht, hat sich vor Gericht, wo man den Angeklagten als einen bescheidenen und rechtschaffenen Mann kennen lernte, in allen hauptsächlichsten Punkten als einwandfrei erwiesen. Trotzdem ist Ridel verurteilt worden. Schwerer aber als das Urteil der Richter trifft ihn das der Disziplinarbehörden, das ihn seines Amtes verlustig erklärt. Wer ein Lehrer sein will, wie man sie in Preußen haben will, ein Duckmäuser, Heuchler und Streber, wird sich seinen Fall als Warnung dienen lassen.

Die heutige Verlustliste aus Südwestafrika lautet: An Lungenerzündung gestorben der Reiter Ernst

Schneiders am 13. d. M. im Lazarett zu Windhof; leicht verwundet der Reiter Karl Albrecht im Gefecht bei Stampritzfontein. — Es stehen und dursten in der Dornenwüste 10 400 Mann, darunter 700 Verwundete und Kranke. Nicht weniger als 2730 Mann befinden sich auf der Reise oder gehen in nächster Zeit ab. Das macht also eine Gesamtzahl von 13 130 Mann. Die Kosten des Krieges, dessen Ende noch immer nicht abzusehen, werden mit 250 Millionen nicht zu decken sein.

Auf der Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte für Schleswig-Holstein ist der Bundesvorsitzende, Freiherr v. Wangenheim, u. a. auch auf die Vorgänge zu sprechen gekommen, die sich bei der Reichstagswahl in Frankfurt a. O. abgespielt haben. Dabei führte der Redner nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ aus:

Auß äußerste müsse die Haltung der Nationalliberalen gemildert werden, die durch ihre Unterbreitungen den Wahlkreis des Dr. Dertel in die Hände der Sozialdemokratie... geliefert hätten, während die Regierung bei der Nachwahl in Frankfurt a. O. all ihren Einfluß aufgebieten habe, um Anhänger der Rechten zum Umfall zu bewegen und die Wahl Wassermanns durchzuführen.

Bekanntlich ist das Mandat des Genossen Braun deshalb fassiert worden, weil die Regierung ihren Einfluß zugunsten eines seiner Gegenkandidaten geltend gemacht hatte. Und jetzt sieht Herr Wassermann im Reichstag dank dem Einflusse der Regierung!

Die scharfmacherische Zeitung „Die Post“, der Schleiffstein der Stummischen Erben, demontiert die Blättermeinung, daß sie am 31. März ihr Erscheinen einstellen. Sie erklärt, die Zeitung bleibe in ihrer vollen Selbstständigkeit erhalten, die Frage des Eingehens habe überhaupt nicht zur Erwägung gestanden. Nicht auch die Verschmelzung mit den „Neuesten Nachrichten“, dem Schleiffstein der Kruppischen Erben? Darüber schweigt sich das Blatt aus.

Stuttgart, 17. Januar. Der den Ständen heute zugegangene Entwurf eines Volksschulgesetzes sieht in erster Linie eine Aufbesserung der Gehälter der Volksschullehrer und -lehrerinnen vor: Für die ständigen Lehrer und Lehrerinnen hat der Staat 710 000 Mark, für die nichtständigen haben die Gemeinden 150 000 Mark jährlich mehr aufzubringen. Die Gehaltsaufbesserung besteht in Verkürzung der Vorrückungsfristen und in Erhöhung der Sätze der letzten Dienstaltersstufen. Außerdem bestimmt der Entwurf, daß bei den Schulleisten, mit denen noch der Wehrdienst verbunden ist, die Trennung der beiden Dienste zum 1. April d. J. zu erfolgen hat.

Schweiz.

Einen Sozialdemokraten als Präsidenten des Großen Stadtrats hat nun auch die Bundesstadt Bern in der Person des Genossen Adolphi gewählt. Bekanntlich ist unter alter Genossenschaftlich zum Präsidenten im Großen Rat zu Zürich.

Italien.

Die Niederlage Prampolini bei der Nachwahl in Reggio (Emilia) am vergangenen Sonntag ist für unparteilichen Parteigenossen ein harter Schlag. Der Kreis bestand seit 1895 ununterbrochen in sozialistischen Händen. Das Wahlergebnis ist folgendes: Von 5501 Abstimmenden erhielt Prampolini 2576, der Gegenkandidat Spallanzani 2887 Stimmen. Hier fehlt allerdings noch das Resultat eines Bezirks; nach neueren telegraphischen Nachrichten erlag Prampolini mit nur 85 Stimmen. Spallanzani war der gemeinshaftliche Kandidat der Moderierten und der Liberalen. Die letzteren befolgen immer mehr die Taktik der aktiven Beteiligung an der Politik und an den Wahlen, und zwar greifen sie ein zugunsten der Regierung. Die Annäherung zwischen Liberalen und Liberalen macht immer weitere Fortschritte und unsere Parteigenossen werden mit diesem neuen Verbündeten der Reaktion, dessen Macht nicht unterschätzt werden darf, in der Zukunft mehr und mehr zu rechnen haben.

Rußland.

Der Kongreß russischer Kriminalisten, der erste, der seit 1875 abgehalten werden sollte, trat am Dienstag in Kiew zusammen. Er wurde aber sofort von der Polizei verboten. Ungeachtet dieses Verbots trat der Kongreß in die Verhandlungen ein und faßte ernste Resolutionen. — In Kertsch (Gouvernement Taurien) war ein politisches Bankett angelegt worden: die Polizei schloß indessen alle Restaurants, um es zu verhindern. Das Publikum drang aber in eines der geschlossenen Lokale ein, in dem dann eine Anzahl Reden gehalten wurden. Danach zogen die Teilnehmer an der Versammlung auf die Straße, wo sie die Wache in die Höhe sängen und riefen: „Es lebe die politische Freiheit!“ Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfall. Die Polizei verhielt sich auf der Straße abwartend, weil sie sich zu schwach fühlte.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 18. Januar 1905.

Vorarbeiten zur Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Ueber die Bezirksversammlungen, in denen gestern abend die Genossen Magdeburgs zur Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stellung nahmen, sind uns folgende Berichte zugegangen:

Budau.

Zur Versammlung waren etwa 40 Teilnehmer erschienen. Der Generalversammlung soll der Vorschlag gemacht werden, den alten Vorstand ein bloc wiederzuwählen. An Stelle des bisherigen Bezirksleiters wurde Genosse Neuhaus gewählt. Zum Bezirksleiter bestimmt wurde die Versammlung den Genossen Kugner. Zu den Ausschusskommissionen Schaarweber delegiert. In der Diskussion über die zu entfaltende Agitation, um mehr Mitglieder und mehr Abonnenten für die Volksstimme zu gewinnen, wurden eine ganze Reihe von Anregungen gegeben. Der Bezirksleiter wurde beauftragt, gemäß den gegebenen Hinweisen die Agitation in die Wege zu leiten. Zum Schluß wurde noch ein Antrag angenommen, in nächster Zeit die Betriebe des Konsumvereins einer Besichtigung zu unterziehen.

Die Versammlung in der

Endenburg war nur schwach besucht. Als Vorstandsmitglieder sollen in Vorschlag gebracht werden: Genosse Vater als Vorsitzender, Richert als die Hände des Genossen Hoft und Königstedt delegiert werden. In dem Ausschuss wurde Genosse Wegand gewählt. Hertzert delegiert. Mit einer Aufforderung, die Agitation für die Versammlung geschloffen.

## Deutscher Reichstag.

(120. Sitzung.)

Berlin, 17. Januar, 1 Uhr.

Die

### zweite Sitzberatung

wird fortgesetzt beim Reichschakamt, Titel Staatssekretär.

Abg. Dr. Hermes (Freis. Vp.) macht auf Härten des Süßstoffgesetzes aufmerksam. Im März 1903 habe ich auf die Härten hingewiesen und Milderungen angeregt, die auch auf der rechten und beim Zentrum Anklang fanden. — Das Süßstoffgesetz ist ein Ausnahmengesetz, durch welches eine blühende Industrie zugunsten einer mächtigen, der Zuckerindustrie, auf einmal untergraben wurde. Jetzt sind die Süßstoff-Fabrikanten genötigt, sich mit ihrer Industrie ins Ausland zu flüchten. Der Ausfall von 1000 Doppelzentner Saccharin bedeutet einen Mehrverbrauch von 750 000 Doppelzentner Zucker und eine Mehreinnahme des Reichs von 7 1/2 Millionen Mark pro Jahr. Die Hälfte dieser Summe würde genügen, den Saccharin-Fabrikanten eine entsprechende Entschädigung zu gewähren. Von der Antwort des Staatssekretärs wird es abhängen, ob ich in einer Resolution oder in einem Antrag auf die Sache zurückkommen werde. (Beif. links.)

Reichschakamtsekretär Frhr. v. Stengel: Manchen Anregungen des Vorredners stehe ich wohlwollend gegenüber. Der Reichstag hat sich für die Entschädigung ausgesprochen. Das Reichschakamt ist nicht abgeneigt, mit den Saccharin-Besitzern wegen eines Anlaufs ihrer Vorräte an Süßstoff durch das Reich in Verhandlung zu treten. — Für eine grundlegende Veränderung der Süßstoff-Gesetzgebung dürfte sich kaum eine Mehrheit finden.

Auf Antrag Dr. Spahn (Ztr.) wird ein Antrag Hige und Genossen (Ztr.) auf Neureglung des Wohnungsgeldzuschusses für Reichsbeamte unter besonderer Berücksichtigung der Familienverhältnisse mit zur Beratung gestellt.

Abg. Dr. Hermes (Freis. Vp.) erklärt, er werde in der Budgetkommission auf die Frage der Reform der Süßstoffgesetzgebung zurückkommen.

Abg. Risch (Ztr.) wünscht Auskunft darüber, ob die Regierung plane, ohne Genehmigung des Reichstags eine neue Form des Finanzausbaus und des Finanzgesetzes zu prägen. — Redner begründet dann die Resolution Hige unter Hinweis auf die hohen Steuern, zumal in den Großstädten. Namentlich muß auch Zahl und Alter der Kinder berücksichtigt werden. — Ist ein Beamter zehn Jahre verheiratet, dann hat er neun Kinder. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Arndt (Vp.) bedauert, daß die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die unteren Beamten nicht schon in den diesjährigen Etat eingestellt sei. — Die Finanzlage des Reichs sei traurig, aber zu übertriebenem Besparnis kein Anlaß. — Redner wünscht ferner die Prägung silberner Schiller-Denkmalen. (Beif. b. d. Vp.)

Staatssekretär Frhr. v. Stengel teilt mit, daß seit Anfang des Jahres ein neues stärker geringeltes Kränzgenmünzstück fertig gestellt worden ist, das in den nächsten Wochen in größerer Menge zur Ausgabe gelangen wird. — Die süddeutschen Abgeordneten in erster Linie haben behauptet, daß in weiten Volksteilen ein Furchen an der Schaffung von Dreimarckstücken vorhanden sei. Wir haben eine Enquete veranstaltet, die noch nicht abgeschlossen ist und die sich keineswegs, wie behauptet wird, bloß an die Handelskammern, sondern auch an die Landwirtschaftskammern, Gewerbestammern, Warenhäuser, Schankwirte usw. richtet. — Wir sind erwirklich, vom 1. April 1905 an wenigstens den unteren Reichsbeamten einen höheren Wohnungsgeldzuschuß zu gewähren.

Abg. Bleil (Freis. Vp.): Es ist von größter Bedeutung, daß sich der größte Teil der Handelskammern — die keineswegs einseitige Vertreter der Großbanken sind — für gegen Verprägung eines Dreimarckstücks ausgesprochen haben. Mit den Finanzausbaugesetzen und Einmarckstücken wird der Bedarf an kleinen Umlaufmitteln gedeckt. (Beif. b. d. Freis.)

Abg. Fischer (Ztr.) tritt für gerechtere und gleichmäßigere Behandlung der Militäranwärter ein. (Beif. i. Ztr.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Vp.) spricht sich für die Resolution Hige betr. Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses aus. Wenn der Reichschakamtsekretär denkt, erst nach Verständigung mit dem preussischen Finanzminister die Erhöhung in Kraft treten zu lassen, dann — kennt er Buchholzen schlecht. (Heiterkeit.) Für die Ausprägung von

Schiller-Denkmalen kann ich mich nicht begeistern. Schon ist der ganze Tiergarten mit Statuen besetzt; sollen wir jetzt zur Denkmalschnecke noch die Denkmalschnecke bekommen? (Heiterk. u. Beif. links.)

Abg. Singer (Soz.): Den Klagen, die von verschiedenen Seiten über die Verteilung der Veteranenbeihilfen erhoben werden, kann ich mich nicht anschließen. Wir haben bereits bei Entstehung des Gesetzes auf die Kauthechnatur des Ausdrucks „Würdigkeit“ hingewiesen, und die vielen Klagen, welche jetzt einlaufen, beweisen, wie recht wir hatten, als wir den klaren Verstandungen nicht trauten, daß die politische Bestimmung bei der Verteilung unter keinen Umständen in Betracht kommen werde. Wir verlangen, daß jeder die Beihilfe erhält, dessen Bedürftigkeit nachgewiesen ist. (Dravol b. d. Soz.) Der Zentrumsvorstand über den Wohnungsgeldzuschuß stimmen wir zu. Schwach und unbestimmt ist sie freilich. Es hat Sinn, daß man zuerst die Unterbeamten antebessert, während man es in Preußen gerade umgekehrt gemacht und zuerst die Ministergehälter erhöht hat. Aber auch die mittleren Beamten leiden unter der jetzigen Verhältnisse. Auch wird sich die Berücksichtigung der Familienverhältnisse schwerlich lassen lassen. Auf keinen Fall dürfen die Beamten länger warten. (Beif. b. d. Soz.)

Staatssekretär Frhr. v. Stengel: Die Einzelregierungen haben die Erklärung abgegeben, die ich nur wiederholen kann, daß sie bei der Verteilung der Veteranenbeihilfen keine Rücksicht auf die politische Gesinnung nehmen. (Beif. rechts.)

Abg. Frhr. v. Riththoien (konf.) wünscht ebenfalls nicht, daß bei den Veteranenbeihilfen Unterschiede der politischen Gesinnung gemacht werden — Denkmäler sollten nur ganz vereinzelt geprägt werden. — Wir haben für die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses die größten Sympathien, können aber nicht für die Resolution Dr. Hige stimmen. (Beif. links.)

Abg. Hug (Ztr.) weist auf Baden als Muster für die Regelung des Wohnungsgeldzuschusses hin.

Abg. Dr. Arndt (Vp.) wendet dem Abg. Singer vor, daß er die Frage der Veteranenbeihilfe zur agitatorischen Verheißung benutze.

Abg. Gothein (Freis. Vg.) weist auf eine Anzahl Fälle, speziell aus seinem Wahlkreis Weismar-Grimmen hin, welche darauf deuten, daß bei der Verteilung der Veteranenbeihilfen politische Rücksichten mitzuspielen.

Abg. Dr. Arndt (Vp.) wundert sich darüber, daß Abg. Gothein den Beweis antrete, den er, Redner, vom Abg. Singer verlangt habe.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Vp.): Tun Sie, Herr Dr. Arndt, doch nicht so, als ob Sie nicht wüßten, daß bei der Zuweisung von Unterstützungen politische Momente mitzuspielen! (Sehr laut links.)

Abg. Singer (Soz.): Für Dr. Arndt hegt derjenige, der die Wahrheit sagt, Unruhe rechts! Die Ausführungen der Vorredner beweisen, daß in der Tat politische Gesichtspunkte bei der Verteilung der Veteranenbeihilfen mitzuspielen. Hoffentlich wendet der Reichschakamtsekretär seinen Einfluß dahin an, daß dieser Mißstand abgestellt wird. (Dravol b. d. Soz.)

Abg. Grünberg (Soz.): Heute haben die Gemeindevorsteher über die „Würdigkeit“ derer zu entscheiden, die um Veteranenbeihilfen einkommen. Daher kommt es, daß doch immer auf die politische Unwürdigkeit Rücksicht genommen wird. Es sollte nur die Einkommensteuer-veranlagung maßgebend sein.

Abg. Graf Dr. v. (natl.): Es steht kein Wort davon in dem Gesetz, daß Personen wegen Verleibung der Beihilfe verweigert werden können. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nur z. B. Wohnungsverlust und Zuchtstrafen sollen der Beihilfe unwürdig sein.

Abg. Fischer (Ztr.): Sämtliche Parteien sind einig darin, daß nur ein unwürdiger Lebenswandel zur Aberkennung der Veteranengelder führen soll. Jeder herrschen in den verschiedenen Gemeinden ganz verschiedene Ansichten darüber, was „Erwerbsunfähigkeit“ ist und es bekommen nicht immer die wirklich Bedürftigen die Beihilfe.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Gothein (Freis. Vg.), Werner (natl.) und Prinz Schönau-Carolath (natl.) schließt die Debatte der Titel wird bemittelt. Die Resolution Dr. Hige wird angenommen; ebenso debattielos der Rest des Etats.

Darauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Etat des Reichseisenbahnamts, des Reichsposts und der Reichspost.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

## Zur Reichstags-Stichwahl in Calbe-Majersleben.

### Auf zur Stichwahl!

Herr Kirchselder, der am Freitag nicht daran glaubte, daß in der Stichwahl Blade gewählt werden könnte, hat inzwischen seine Meinung geändert. Am Montag ließ er diese Stichwahlbetrachtung von Stapel:

Die Stichwahl findet Anfang nächster Woche statt, und zwar schon am 24. Januar, drei Tage vor Kaisers Geburtstag. Es ist eine selten schöne Gelegenheit, in diesen Tagen festlich patriotischer Erhebung, wo so viel monarchische Liebe und Treue über die Lippen fließt, auch durch die Tat zu beweisen, daß man von der Sozialdemokratie nichts wissen will. Bei der Wahl zwischen einem Pöde und einem Albrecht sollte die Entscheidung für jeden Bürgermann jeglichen Standes wirklich nicht schwer fallen. Eine abgrundtiefe Kluft steht zwischen der nationalen deutschen und der international revolutionären Weltanschauung. Es will ja beiseite nicht jeder, der sozialdemokratisch wählt, mit Barrikade und Dynamit das unterste zu oberst kehren, daß aber die Verwirklichung der Ziele der Sozialdemokratie gründliche Arbeit erheischt, daß über Blut und Tränen — schlimmer wie im schlimmsten Kriege — der Weg zu kurzer sozialdemokratischer Herrlichkeit gehen würde, das ist sonnenklar. Die Pariser Kommune — anno 1871 — spricht lehrreich genug! Die sozialdemokratische Knechtschaft ist jetzt schon groß und gemutet darf nicht werden, aber im proletarischen Zukunftsstaat erg. da werden selbst die Englein weinen, statt zu singen. — Die Entscheidung in der Stichwahl liegt beim Bund der Handwerker und beim Bund der Landwirte. Diese beiden Gruppen haben unleugbar das Verdienst, daß überhaupt eine Stichwahl ermöglicht wurde, andernfalls wäre Herr Blade mit großer Wahrscheinlichkeit gleich im ersten Wahlgang erlegen. Ein Verdienst kann es aber nur genannt werden, wenn nummehr auch der bürgerliche Sieg folgt, sonst wären Kosten, Arbeit und Verger vergebens gewesen. Es mag manchem schwer werden, nun für Herrn Blade zu stimmen, aber im Hinblick auf Monarchie, Vaterland, auf alle unsre liebsten Güter muß das Opfer gebracht werden. Wir sagten vor einigen Tagen, daß die Stimmen für Herrn Mahardt einen Protest gegen die Regierung bedeuteten und sind damit hier und da falsch verstanden, als ob wir sie den Sozialdemokraten zurechneten. Das fällt natürlich uns wie keinem vernünftigen Menschen im Traume ein, aber diese Stimmen sind der Ausdruck einer großen Unzufriedenheit in gewissen, gut nationalen Kreisen, die der Regierung zu denken geben sollte. Und da wir wissen, daß unser Blatt ziemlich hoch hinauf gelesen wird, so wollten wir auf das wachsende Unbehagen im Mittelstand vernehmlich hinweisen. — Wir wollen hoffen, daß auch der Letzte Mahardt-Wähler und der Letzte Zentrumsmann bei der Stichwahl seine Stimme abgibt, sei es auch nur, um den unerträglichen Uebermut und Terrorismus der Sozialdemokratie ein vernünftiges Maß zuzurufen, ihm einen Dämpfer aufzusetzen, denn so geht es bald nicht mehr auf weiter!

Da haben wir die Befürchtung, Dolch und Gift, Dynamit und Barrikaden, Pariser Kommune und ähnliche Dinge müssen jetzt schon aufmarschieren, um die Spießer grüßelig zu machen. Und dabei stehen wir noch acht Tage vor dem Stichwahltermin. Das läßt vermuten, daß wir bis zum 24. Januar noch manches erleben werden.

Zimmerhin ersehen unsre Genossen aber aus den Auslassungen des „Schönebecker Tageblatt“, daß der Ausfall der Hauptwahl in den Reihen der Gegner neuen Mut hervorgerufen hat. Sie werden alles versuchen, um dem Ohr-

## Feuilleton.

Nachdruck verboten

### Die Nachbarn.

Ein Märchen aus dem Russischen des Soltykoff-Schischwedrin.

(Fortsetzung.)

Gesagt, getan. Johann der Reiche ging also zum höchsten Herrn, fiel vor ihm nieder und klagte ihm sein Leid. Der mächtige Herr aber lobte Johann den Reichen dafür und sagte zu ihm: „Wohl Dir, braver Mann, daß Du Deinen Nachbarn, den armen Hans, nicht vergißt. Nichts ist der Obrigkeit wohlgefälliger, als wenn die Untertanen des Fürsten in guter Eintracht und gegenseitigem Wohlwollen miteinander leben, und es gibt kein schlimmeres Uebel, wie wenn sie mit Haß, Streit und Verleumdung ihre Zeit verbringen.“ So sprach der Oberste und er gab seinen Befehlen den Befehl, auf seine Verantwortung zur Probe einmal beide Johanns gleichzustellen, so daß für beide dasselbe Recht und dieselben Abgaben zu gelten hätten; und daß es nicht mehr so sei wie früher, daß der eine alle Lasten trage, während der andere ranze und Lieder singe.

Wie nun Johann der Reiche in sein Dorf zurückkehrt, weiß er sich vor Freude nicht zu lassen.

„Lieber Freund,“ spricht er zu Johann dem Armen, „ich habe mir dank der Gnade des Kaisers einen schweren Stein vom Herzen gewälzt. Von nun an werde ich probeweise Dir gegenüber keinerlei Vorrechte mehr haben. Die Steuern, die Du bezahlst, muß auch ich von nun an zahlen. Noch einen Augenblick: und auch Du wirst bei dieser Ausgleichung Dein Stück Fleisch in der Suppe haben.“

So sprach Johann der Reiche und voller Hoffnung auf die Zukunft reiste er ins Bad, wo er zwei Jahre nacheinander in froher Mühe verbrachte. Er ging nach Westfalen — und ah hier schönen weinlichen Schinken; in Strassburg kostete er Strassburger Pasteten; in Bordeaux trank er französischen Rotwein, endlich fuhr er nach Paris — hier ah und trank er überhaupt alles, was es nur gibt. Mit einem Worte, er verbrachte die Zeit so lustig, daß er kaum wieder zurückkommen konnte. Und während der ganzen Zeit dachte er an Johann

den Armen: Jetzt nach der Ausgleichung wird er wohl die Bade bekommen haben.

Johann der Arme lebte unterdessen bei schwerer Arbeit in schwerer Not. Heute muß er einen Streifen Land umspüßen, morgen muß er ihn eggen; heute mäht er ein Stück ah, morgen, wenn Gott gutes Wetter schickt, beginnt er das Heu zu trocknen. Er hat beinahe den Weg nach der Schenke vergessen, denn er weiß, die Schenke ist sein Verderben. Und ihm zur Seite arbeitet sein Weib, Marja Zwanowna, sie schneidet das Getreide, eggt, sammelt das Heu ein und hackt Holz. Auch die Kinder sind indes herangewachsen, und drängen sich zur Arbeit. Mit einem Wort, die ganze Familie ist Tag und Nacht auf den Beinen — und dennoch kommt die magere Suppe nicht vom Tische. Und erst seit Johann der Reiche das Dorf verlassen hat, bekommt Johann der Arme nicht einmal Feiertags eine Ueberraschung zu sehen.

„Wir haben keine Glück,“ sagt der arme Schlucker zu seiner Frau, „nun hat man unsre Lasten zur Probe gleich gemacht, und doch befinden wir uns immer auf demselben Fleck. Wir leben immer in derselben Armut und haben nichts zu beißen noch zu brechen.“

Johann der Reiche schrie auf, als er den Nachbar in derselben Armut wieder fand. Sein erster Gedanke war freilich der, Hans trage seinen ganzen Verdienst in die Schenke. „Unmöglich ist er so verstoßt, so unverbesserlich!“ rief er tiefbetrübt aus. Indessen, es kostete Johann den Armen gar keine Mühe zu beweisen, daß sein Verdienst nicht bloß für den Wein, sondern oft auch nicht einmal für das Salz ausreichte. Und daß er kein Verächter, sondern ein guter Wirt war, dafür brauchte man nicht erst nach Weisen zu suchen. Johann der Arme konnte sein ganzes Inventar vorzeigen, alles war noch in der Gestalt vorhanden, wie es vor der Vadereise des Reichen gewesen war. Ein etwas lahmes, braunes Pferd, eine braune Kuh mit einer verjagten Stelle, ein — Schaf, ein Karren, ein Pflug und eine Egge. Ein alter Bauernadlitter stand an den Jaun gelehnt, obgleich man im Sommer keine Verwendung für ihn hatte und man ihn leicht ohne Verlust für den Hausstand in der Schenke verlegen konnte. Man besah sich auch die Hütte — auch da war alles vorhanden, nur aus dem Strohdach war stellen-

weise eine Hand voll Stroh ausgerissen; aber auch das kam daher, weil im vorbergangenen Frühjahr es an Futter fürs Vieh gefehlt hatte. So hatte man denn das faule Stroh als Futter für das Vieh genommen.

Mit einem Wort, es gab auch nicht eine Tatsache, die dafür sprach, daß Johann der Arme ein lieberlicher Mensch oder ein Verschwendler sei. Er war ein richtiger, nützlicher Mann, den die Not schwer drückte und der all seine Kräfte anstrengen mußte, um sein Recht — ein Leben ostend zu machen, und der es dennoch durch ein teilnehmendes Mithverständnis in höchst ungenügender Weise zur Geltung bringen konnte.

„Gott, was ist nur das,“ jammerte Johann der Reiche, „nun hat man uns doch gleich gemacht, unsre Rechte sind doch gleich und wir zahlen doch auch gleiche Steuern, und dennoch will für Dich kein Nutzen draus entspringen, woran liegt das bloß?“

Ich frage mich auch schon selber, woran es bloß liegen mag, antwortete Johann der Arme wehmütig.

Johann der Reiche strengte seinen Schädel an und fand natürlich die Ursache. Das kommt daher, weil es bei uns weder eine gesellschaftliche noch persönliche Initiative gibt. Die Gesellschaft ist zu gleichgültig; auch von den Privatpersonen denkt jeder nur an sich; die Regierenden strengen sich zwar an, aber vergebens. Also muß vor allem die Gesellschaft auferweckt werden.

Gesagt — getan. Johann der Reiche berief auf dem Dorf eine Versammlung ein und hielt in Gegenwart von allen Hausbesitzern eine glänzende Rede über den Nutzen der gesellschaftlichen und persönlichen Initiative. Er sprach ausführlich, weitschweifig und eindrucksvoll, er schüttete seine ganzen Perlen vor die Säue; er bewies mit Hilfe von Beispielen, daß nur die Gesellschaft die Bürgschaft für eine geistliche Entwicklung und Lebensfähigkeit liefern könne, die über sich selbst entscheide und für sich selbst die Verantwortung trage, die Gesellschaft dagegen, welche es gestattete, daß die Ereignisse ohne eignen Anteil und eigne Mitwirkung ihrer Willen eintreten, verurteile sich selbst zu einem langjamem Siechtum und einem schließlichen Untergang. Mit

legen-Wade auf neu zu einem Wanda zu verheilen, und nur die äußerste Anstrengung unserer Genossen vermag dieses zu verhindern. —

### Nationalliberale auf dem Arbeiterfang.

Am Tage der Hauptwahl erschien im „Sargor Courier“ (Thale) folgendes „Ungesandt“:

Ein Mahnwort an unsere (VI) Arbeiterschaft  
Thaler Industriearbeiter, wer gibt Euch Euer Brot, wer sorgt dafür, daß Ihr nicht allein sorglos leben, sondern auch mit den Jahren Eure Existenz durch Erriehung eigener Häuser, vorrühlicher Vermieten derselben usw. verbessern könnt?  
Wer ist es, der jährlich so unendlich vielen Familien am Orte ein reichliches Einkommen sichert, wer ist es, der Euch im großen und ganzen nicht entschuldigen läßt?  
Wer dafür sorgt, daß Ihr in freien Stunden so nützliche und angenehme Vergnügungen nachgehen könnt? Es ist einzig und allein das Eisenhüttenwerk Thale, die Industrie!

Und Ihr wollt die Industrie untergraben helfen durch umsturzfreundliche, alles vernichtende, ziel- und planlose Bestrebungen der Sozialdemokratie? Arbeiter, bestimt Euch, ehe es zu spät ist, denkt nicht, daß man Euch jetzt nur fördern will, laßt Euch nicht verheßen von Leuten, die nur gekauft sind und daher Euch Zukunftspläne vorkauften, die erfahrungsgemäß sich noch nie haben verwirklichen lassen, solange die Welt steht. Industriearbeiter, Ihr wählt ja bei den öffentlichen Gemeindegemeinderatswahlen stets für Eure Brotherrn, tut das auch bei der geheimen Reichstagswahl, denn Ihr seid doch nicht etwa bei den Gemeindegemeinderatswahlen, wo Euch ertviesenermaßen auch absolut nichts geschieht, feige und wollt nun im geheimen wortbrüchig werden? Nein, feige ist ein echter deutscher Arbeiter noch nie gewesen, er wird es auch dann nicht sein, sondern treu und ehrlich seine wahre Meinung zum Ausdruck bringen, wenn es sich darum handelt, für Kaiser und Reich, für diejenige Regierung einzutreten, die dem deutschen Arbeiter u. a. das segensreiche sozialpolitische Gesetzgebung anfalls, Invaliden-, Kranken-, Versicherungs-) gegeben hat, um welche uns die ganze Kulturwelt aufrichtig beneidet, für diejenige Regierung, die stets bestrebt ist, das Los des Arbeiters zu verbessern.

Ihr andern Thaler Arbeiter, namentlich Ihr, die Ihr dem Bau an der Werk Eure Dienste leistet wer gibt Euch eigentlich das tägliche Brot? Auch Ihr müßt Euch, wenn Ihr an Eure Brust schlagt, aufrichtig gefehen, — das Eisenhüttenwerk ist es, die Industrie!

Ihr nicht direkt, und dennoch erhaltet Ihr es von ihm, wie denn überhaupt hier am Orte alles von der Industrie mehr oder weniger abhängig ist. Bedenkt, daß Ihr früher zum Teil nichts wartet, bedenkt, daß Thale nur durch die Eisenhütte groß geworden und somit der große Handel, das Gewerbe, die Industrie und der Verkehr einzig und allein durch sie hervorgerufen wurde.

Hätte das Eisenhüttenwerk nicht für Zugang gesorgt, Ihr alle wäret sicherlich nicht so reichlich und gelohnt worden, wie Ihr es jetzt seid. Ihr alle hättet ruhig und bescheiden wie früher Euer zum Teil recht kümmerliches Dasein fristen müssen.

Darum, Arbeiterschaft, seid nicht undankbar, gebent auch in diesen schweren Stunden Eurer Wohltäter, gebt einmütig Eure Stimme einem reichstreuem Vertreter, der fortgesetzt bemüht war und immer noch bestrebt ist, der hierorts alles belebende Industrie die erforderliche Unterstützung angedeihen zu lassen, damit Ihr, Tausende von Arbeitern, auch fernerhin Euer gutes Brot und Fürsorge für das Alter habt. Trete geschloffen für Herrn Plade, einen in jeder Beziehung tüchtigen, energiegelassen, weisem, der wohl weiß und zu würdigen, auch abzugeben versteht, wo Euch der Spuh drückt!

Möget Ihr augenblicklich auch einer andern politischen Richtung angehören, jetzt gilt es geschlossen und energisch Front gegen die alle rechtliche Arbeit zu vernichtende drohende Sozialdemokratie zu machen und darum geht bei der morgen stattfindenden Wahl Eure Stimmen einmütig Herrn Kaufmann und Major v. A. Plade in Aen.

Ein Arbeiterfreund.

Die Thaler Arbeiter haben am Wahltag dem „Arbeiterfreund“, hinter dem wohl der Betriebsführer Köhler zu suchen ist, auf sein Mahnwort die treffendste Antwort gegeben, indem sie die Stimmen des Sozialdemokraten um 163 vermehrten. Damit haben sie gezeigt, wie sie die Behauptungen

... beurteilen. Es ist aber immerhin möglich, auch den übrigen Arbeitern im Kreise Calbe-Mscherleben einmal zu zeigen, wie die nationalliberalen Industrieherrn über ihr Verhältnis zu den Arbeitern denken. Sie sind die „Brotherrn“, ihnen verdanken die Arbeiter ihr „sorgloses Leben“, ihre „unmöglichen Vergnügungen“. Stimmen sie für einen Vertreter der Arbeiterinteressen, dann handeln sie „undankbar“, befehdigen ihre „Wohltäter“.

Die Hüttenwerkarbeiter in Thale haben von Wohltaten allerdings noch nicht viel gespürt. Niedrige Löhne, grobe Behandlung, unmenslich lange Arbeitszeit sind auf dem Werk an der Tagesordnung. Sie arbeiten sich zu Krüppeln, dienst Herr Claus ein Herrendasein führen kann und noch Geld übrig hat, um den Wahlrechtsdoktor Giesebrecht mit Geldmitteln in seinem Kampf gegen das Reichstagswahlrecht zu unterstützen. Das Wohltun und Brotgeben liegt hier doch wohl auf Seite der Arbeiter und nicht auf der der Unternehmer.

Wenn den Arbeitern schließlich noch ihre Vergnügungen vorgeworfen und ihre Vertrauensmänner beschuldigt werden, sie seien „gekauft“, dann gefestigt sich zur Unwahrheit die Unvergleichlichkeit. Den Gipfel erreicht diese aber mit der Kennzeichnung Plades als eines „in jeder Beziehung edel denkenden Menschen“. Der Mann, der politischen Gegnern Ohrfeigen applizieren will und dann noch stolz ist auf sein Tun, der Mann, der eine arme Frau ins Gefängnis sperren ließ, weil sie einen auf seinen Namen lautenden Stimmzettel ins Feuer warf und eine taktlose Bemerkung dabei machte, dieser Herr Plade ein „in jeder Beziehung edel denkender Mensch“. Das hat bisher doch noch niemand von ihm zu behaupten gewagt.

Das ganze Elaborat des „Arbeiterfreundes“ ist eine Provokation der Arbeiter. In Thale hat es zu einer Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen geführt und damit es diesen Zweck zur Stichwahl auch in den übrigen Orten des Kreises erfüllen kann, wollen wir ihm zur Verbreitung behelfen. —

### Der Wahltermin.

Die amtliche Bekanntmachung des Stichwahltermins ist nun erfolgt. Wie vorauszusehen, bleibt es beim 24. Januar. Am nächsten Dienstag fällt demnach die Entscheidung. —

Quedlinburg. Am Sonntag den 21. Januar. abends 8 1/2 Uhr, erfolgt die Ausgabe der Flugblätter und Stimmzettel zur Stichwahl. Es ist notwendig, daß sich alle Mann daran beteiligen. —

### Provinz und Umgegend.

Niederbobeleben, 18. Januar. (Vokalfrage.) Die Vokalkommission war am Sonntag wieder bei allen Wirten vorstellig zwecks Vergabe ihrer Vokale zu untern Zusammenkünften. Über überall wurden wir abflehend abgewiesen, obgleich uns zugegeben werden mußte, daß lediglich die Arbeiter es sind, aus denen sich die Kundschafft der Herren zusammensetzt. Arbeiter, denkt daran, daß die Vokale, die uns zwar als Gäste gern sehen, uns deßungeachtet doch ihre Vokale zu Zusammenkünften nicht zur Verfügung stellen! Die Vokalkommission.

Wittau, 18. Januar (Wurf wider Wurf.) Weil kein Gastwirt sein Lokal zu einer Schifferversammlung hergibt, so haben die beiden hiesigen Schiffervereine beschlossen in diesem Winter keinen Ball zu veranstalten. Sind die Arbeiter zu ernster Zusammenkünften nicht willkommen, verzichten sie mit Recht auch auf die Lokale zu Vergnügungen. —

Burg, 18. Januar. (An die Arbeiterfrauen und -mädchen) richten wir die dringende Bitte, bei allen ihren Einkäufen stets auf die „Volkstimme“ hinzuweisen. Viele Geschäftleute halten es immer noch nicht der Mühe wert, trotzdem ihre Kundschafft zu drei Vierteln aus Arbeitern besteht, in der „Volkstimme“ zu inserieren. Dazu können die Arbeiterfrauen und -mädchen viel beitragen; das geschieht, indem sie es den Geschäftslenten sagen. Wenn die Geschäftslente mit den Arbeitern Geschäfte machen wollen, so müssen sie auch dort inserieren, wo die Arbeiter das Lesepublikum darstellen, nämlich

in der Zeitung, die den Arbeitern zuerst in der „Volkstimme“. Solange dieses nicht geschieht, haben die Arbeiterfrauen auch kein Interesse daran, bei solchen Geschäftslenten zu kaufen. Diese werden wohl die Arbeiterfrauen ein, werden aber nie dazu denken, in der „Volkstimme“ zu inserieren, wenn ihnen von den Arbeiterfrauen und -mädchen nicht deutlich zu verstehen gegeben wird, wer der größte Teil der Konsumenten ausmacht. —

Burg, 18. Januar. (Die Generalversammlung der Kranken- und Sterbefälle) der Sanbwerker war nur schwach besucht, trotz der wichtigen Tagesordnung. Dem Klassenabluß ist zu entnehmen, daß das Vermögen zurzeit über 20.000 Mark beträgt. Die Zahl der Kranken ist infolge der unbeständigen Witterung in den letzten Wochen eine ziemlich hohe. Der Kaisererposten sowie der des Kontrollreurs bleiben wie bisher in den Händen der Herren Schulze und Bigelsky. Das Gehalt des Nebendan wurde auf 12 Mark pro Woche, das des Kontrollreurs auf 5 Mark festgelegt. Hoffentlich beteiligen sich die Arbeiter in Zukunft mehr an den Versammlungen der Krankenkassen. Gibt es doch hier noch sehr viel zu tun, um sie erst sozialpolitische Einrichtungen werden zu lassen, die von Vorteil für die Arbeiter sind. —

Essen, 18. Januar. (Proletarierlos.) Am Mittwoch den 11. Januar hat ein armer Klempner bei dem Gastwirt Lütke für sich und seine Familie um Nachtlager. Dies wurde ihm auch gewährt. Abends gegen 8 Uhr stellte sich im Stalle der Stoch ein und begriffte die Familie durch einen Sobn. Die Mutter ist blind. In Stalle beginnt das Leben der Enterten und auf der Straße setzt es sich fort. Die satte bürgerliche Moral nimmt ohne weitere Bewusstseinsregungen solche Vorfälle zur Kenntnis: es war ja von jeder so Warum sollen wir uns mühen, das zu ändern? —

Erfurt, 18. Januar. (In den Tod gegangen.) In ihrer Wohnung wurde die Ehefrau des Kaufmanns und Leinen Dembarter tot aufgefunden. Die Frau hatte den Gashahn geöffnet und infolge Leuchtgasvergiftung gestorben. —

Halberstadt, 18. Januar. (Stadtoberordneten-Versammlung.) Der zweite Vorsitzende, Justizrat Fromme, eröffnete die Sitzung. 310,28 Mark Stellvertretungskosten für den erkrankten Lehrer Tappe werden dann bewilligt.

Stadtv. B. erklärte, daß allgemein bekannt sei, daß eine Anzahl Lehrer Halberstadt verlassen. Die Tatsache dieser Verheerung ist durch die mangelhafte Besoldung begründet. Der Dehler ist von einer Lehrerschaft nicht bekannt. Es gehen wohl einige Lehrer ab, weil sie sich um bessere Stellen beworben oder angeboten bekommen haben. Es melden sich tagtäglich Lehrer von außerhalb, um die Stellen wieder zu besetzen.

Aus der Hauptgelehrten wird dem Invaliden Hermann Borbrodt eine monatliche Rente von 15 Mark bewilligt. Der Witwe des verstorbenen städtischen Chauffeurearbeiters Heinrich Schläter wird ein monatliches Witwengeld von 10 Mark gewährt.

Stadtv. Dr. Weidling referiert über die Einrichtung einer bakteriologischen Untersuchungsstelle auf dem Salvator-Krankenhaus. Referent erklärt sich in der Form, wie der Magistrat sich die Einrichtung denke, dagegen. Ein Antrag, diese Sache zu vertragen, fand Annahme.

Für die Instandsetzung von Bureauräumen auf dem Rathaus wurden 400 Mark nachbewilligt.

Die Anschaffung zweier neuer Motormagen wird beschlossen. Die Kosten in Höhe von 21.000 Mark sollen aus dem Kaufonds der Straßenbahn entnommen werden. Stadtv. Dr. Erlach hält es für sehr zweckmäßig, wenn auf der Fernstraße Wagen mit Schutzvorrichtung fahren würden. In der Stadt würde er das zwar nicht empfehlen. Dr. Dehler erklärt, daß im Magistrat darüber schon gesprochen worden, doch seien die Meinungen verschieden. Die Wagenführer können so eher die Strecke übersehen. Doch soll die Anregung nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Stadtv. K. unterbreitet der Versammlung eine Magistratsvorlage, wonach der Lichtstrompreis für Großabnehmer ermäßigt werden soll. Es haben sich mehrere Geschäftsinhaber gemeldet, welche eigener Lichtbetrieb haben, diesen aber aufgeben wollen, wenn die Preise ermäßigt würden. Der Magistrat hat daraufhin die Lichtstrompreise wie folgt festgelegt: Bei Abnahme von 10.000 Kilowattstunden beträgt der Preis 45 Pfg. pro Stunde, bei 20.000 40 Pfg. und bei 30.000 33 Pfg.

Stadtv. Schinke spricht dagegen. Man solle noch ein Jahr damit warten. Es sei auch eine Frage, ob die Maschinen das leisten können, sonst würden auf der einen Seite keine Einnahmen entstehen und auf der andern Seite große Ausgaben.

Die Vorlage fand die Zustimmung der Stadtoberordneten-Versammlung. Der Haushaltplan des städtischen Elektrizitätswerks und der Straßenbahn für 1905 wird mit 279.110 Mark in Einnahme und Ausgabe festgelegt. Die Straßenbahn erfordert einen Kammereinkassenzuschuß von 8500 Mark.

Stadtv. K. ist der Ansicht, daß man im Publikum nicht begreifen kann, warum der Fahrpreis nach den Bergen nicht herabgesetzt wird. Er beantragt, den Fahrpreis auf 10 Pfg. festzusetzen. Dr. Dehler ersucht den Antrag abzulehnen. Die Einnahmen würden sich durch den Wegfall der 5 Pfg. um 6500 Mark verringern.

einem Wort, er breitete alles, was er nach diesem Ab-Buch auswendig gelernt hatte, vor den Hörern aus.

Der Erfolg übertraf alle Erwartungen: Die Bürger begriffen nicht nur, worum es sich handelte, sondern erfüllten sich mit hohem Selbstbewußtsein. Noch nie hatten sie eine solche Flut von verschiedenartigen Empfindungen auf sich einstürmen gefühlt. Es schien, als wäre plötzlich eine oft herbeigesehnte, aber durch eine unbekannte Kraft aufgehaltene Lebenswelle auf sie gekommen, welche diese jüngerer Menge hoch emporgehoben hatte. Die Leute jubelten und freuten sich der neuen Erleuchtung, die über sie gekommen war. Johann der Reiche wurde gefeiert, man nannte ihn einen Heiden. Zum Schluß sagte man den einstimmigen Beschluß: 1. Die Schenken für immer zu schließen und 2. den Grund zur Befreiung durch die Selbsthilfe zu legen, indem man den „Verein der freiwilligen Kopeke“ gründete.

Am selben Tage ließen, gemäß der Zahl der Einwohner des Dorfes entsprechend, zweitausend und dreihundzwanzig Kopeken in die Vereinskasse ein; Johann der Reiche aber stiftete noch außerdem für jedes Mitglied ein Exemplar seines Ab-Buchs und sagte: „Lebet dies, liebe Freunde, es enthält alles, was ihr braucht.“

Und wiederum bereiste Johann der Reiche ins Bad, und wiederum blieb Johann der Arme bei seiner mühslichen Arbeit, welche jetzt unter den neuen Bedingungen der Selbsthilfe und unter Mithilfe des Ab-Buchs unzweifelhaft tausendfältige Frucht tragen mußte.

(Schluß folgt.)

## Ernst Abbe †.

In Jena ist im 66. Jahre seines Lebens Ernst Abbe gestorben.

Sein Leben und Wirken im ganzen Umfang und Werte zu schildern, wo der erste Schmerz um den Verlust dieses wahrhaft großen Menschen alles einzelne zurückdrängt, ist unmöglich; die Arbeit und ihre Presse werden immer noch oft gebenedelt müssen, und immer werden sie reichlich Stoff haben und sich lieberall eines Lebenswertes erinnern können, das auf den Gipfeln der bürger-

lichen Gesellschaftsordnung mit wenigen jeinesgleichen einjam seinen Ruhm und eine verdiente dankbare Anerkennung über alle Gegenstände hinweg in eine bessere Ordnung der Dinge hinüberzuführen läßt.

Was Ernst Abbe zu den Größten seiner Zeit bestimmt, ist auch nicht das einzelne seiner Leistungen in Wissenschaft und Arbeit, nicht das einzelne seines persönlichen Lebens, es ist die Totalität seines Werkes, die ihn für alle Zeiten zu einem edlen Muster gemacht hat, das nach des Dichters Wort Nachahmung werden soll und dem Urteil höhere Geistes gibt.

Was seinen Namen am meisten in die Öffentlichkeit irug, die Itehrführung seines Privatwesens von Privatmannern in eine unpersonliche Stiftung, geht vor der Hülle des Wirtens dieses Menschen doch nur eine bloße Vorstellung; und er selbst hat seine Stiftung zum Andenken an Karl Zeiß weder für seine Person noch jährlich jemals zu eingeschätzt, wie ein Teil der sozialreformerischen Presse und Parteien, als den Anfang einer neuen Produktionsordnung. Das war vielmehr auf dieser Linie seines Wirtens das Größte an ihm, daß er sich der Grenzen privater Unternehmerrichtens zugunsten der Arbeiter in jeder Hinsicht voll bewußt war. Er hat, wo immer man es hören wollte, den Wert der Organisation der Arbeiter weit über alles gestellt, was die Unternehmer bei dem Fertigen Stande der Dinge freiwillig den Arbeitern kongedieren können, und auch für die Erhaltung seiner eigenen sozialen Schöpfungen sah er die sicherste Stütze und Gewähr in einer geschlossenen, sich ihrer Aufgaben und Rechte bewußten Organisation der Arbeiter. Er schuf deshalb auch niemals in seinen Betrieben etwas ohne Rücksprache mit den Arbeitervertretern, ohne ihre ausdrückliche Zustimmung; er rühmte sich niemals als Wohltäter, nur als Glied und Teil des Ganzen, das auch nicht existieren könnte ohne die Mitarbeit aller andern wieder.

Diese seine Hochschätzung der Organisation, des solidarischen Zusammenstandes, ausprägung nur seiner ganzen Erkenntnis vom Wesen der Arbeit überhaupt. Die Arbeit, die er nur in der Sprache von Arbeiter und gewissermaßen anerkannt, war der Leistung seines ganzen Lebens; er war von einem Fleiß, von einer Ausdauer, die keine Grenzen kannte, aber er hat immer anerkannt, daß große Leistungen nur dort der Arbeit ausbrischen können, wo die Liebe, das Interesse an der Arbeit mit der Pflicht zu ihr zusammenfallen. Und es ist alles andre als eine Verringerung seiner Verdienste um das Wohl seiner Arbeiter, wenn sie sagen, daß diese Erkenntnis auch der Hauptgrund für die Schöpfung der Karl Zeiß-Stiftung war, daß er ebenso das wohlverstandene Interesse der Unternehmer wahrte, als er die Arbeiter zu möglichst günstigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen brachte.

Wird seine soziale Schöpfung, die Karl Zeiß-Stiftung, mit all ihren Anstaltungen, wie Lehrstühle, Universitätsunterstützung, Volkshaus, Volkserleuchtungsabende usw. usw. vielfach und sehr gegen Willen und Absicht ihres Schöpfers überschätzt, so

bewertet die breite Öffentlichkeit viel zu gering seine Verdienste um die Wissenschaft. Hier, und besonders auf seinem Spezialgebiete der Optik, war er bahnbrechend; ihm verdanken wir die Theorie des Mikroskops, die Grundlage der modernen mikroskopischen Technik, ohne welche die revolutionierenden Entdeckungen der meisten Krankheitserreger einfach undenkbar sind. Hier ist er direkt zu einem Wohltäter der Menschheit geworden. Als er dies Gebiet betrat, wurden die Mikroskope geschaffen, indem man „ausprobierete“, welche Linsen und Glasarten das beste Ergebnis ergaben. Abbe hat es durch seine Theorie des Mikroskops dahin gebracht, daß sich der bestmögliche Erfolg vorher berechnen läßt, und daß nun nach dieser Berechnung erst die Zusammenfügung des Mikroskops erfolgt. Er hat die Dinge hier völlig auf den Kopf gestellt. Und das mit Hilfsmitteln und unter Bedingungen, die nur das Genie überwinden konnte. Als er nach Abschluß seiner Studien in Jena und Göttingen bald in die 1846 von Karl Friedrich Zeiß gegründete kleine optische Werkstätte in Jena trat, fand er hier alles in engstem, handwerksmäßigem Betriebe, was heute auf seinem Gebiete die Welt beherrscht.

Dies ist von Arbeit beherrschte und von Erfolg gekrönte Leben floß in einer äußerlich gleichmäßigen, kläffigen Ruhe dahin; in Thüringen, in Eisenach, stand Abbes Wiege, in Jena und Göttingen studierte er, in Jena schuf er dann sein Größtes, und von den seiner Erholung notwendigen gewidmeten Reisen abgesehen, war er hier stets zu finden. Aber es wäre weit gefehlt, in diesem ruhigen Gleichmaß des äußeren Lebens eine stille, passiv Natur zu suchen. Im Gegenteil: wo immer es galt, als Staatsbürger, als Politiker bei ernstem Anlaß Stellung zu nehmen, tat er es ohne jede Rücksicht. Er hat seinerzeit ebenio mannhaft gegen das Schandgesetz im Reiche protestiert wie gegen die neueren gleichwertigen Unterdrückungen des Vereins- und Versammlungsrechts in seinem eignen Vaterlande. Seine Parteistellung war nicht blosig klar, er Nichts-als-Kreuzmann aber hatte er ungeheure Abneigung, gegen den Stellung zur Sozialdemokratie charakterisierte er ganz legendlich im privaten Kreise halb im Scherz, aber doch ganz richtig dahin, daß er theoretisch nicht bei uns sei, praktisch aber auf allen Wegen mit uns ginge. Dies letzte hat er getan, wo immer besonderer ihm seine wertvolle Hilfe bleiben, die er in den schwersten Zeiten des Schandgesetzes vielfältig der deutschen Partei erwiesen hat.

So steht am trüben Grabe Abbes mit seiner Gattin, die ihm in liebevoller Treue und Hingabe umgibt, ihm für alles ein trübes Verständnis entgegenbrachte, mit seinen beiden Töchtern, zuletzt raue und die deutsche Sozialdemokratie, auch nicht wird sein Andenken als das eines Mannes in Ehren halten, der in der bürgerlichen Welt wenige jeinesgleichen hatte. — M. Dr.

Der Verkehr wurde nicht in entsprechender Weise regeln...  
Zudem man für Einführung von Monatskarten zum Preise von 1 Mark.

**Stadtb.** Der Verkehr wird es für gerechtfertigt, wenn die Fahrpreise für die hiesigen Arbeiter ermäßigt würden, damit diese die Straßenbahn benutzen können. Das Beste wäre, wenn Monatskarten zu 5 Mark eingeführt würden. Die Einnahmen würden sich wesentlich erhöhen und die Wagen brauchen nicht leer zu fahren. Der Verkehr würde sich dadurch sehr erleichtern und die Arbeiter würden sich für die Benutzung der Straßenbahn mehr interessieren. Der Verkehrsausschuss hat sich schon wiederholt damit befasst, aber es ist nicht möglich, dies einzuführen, weil keine Kassierer vorhanden sind, welche die Kontrolle ausüben können und den Wagenführern sei dies unmöglich. Auch sei es ausgeschlossen, bei dem einseitigen Verkehr für die Arbeiter besondere Wagen zu den bestimmten Zeiten fahren zu lassen, weil dadurch der ganze Betrieb gestört würde.

**Der Haushaltplan der Halberstadt-Maderhofer Chausseefabrik für 1905** wird in Einnahme mit 7350 Mark festgesetzt, der der städtischen Forsten mit 7350 Mark. Dieser erfordert einen Zuschuss von 450 Mark mehr wie im Vorjahre. Der Haushaltplan der militärischen Gebäude für 1905 beträgt 211.773,40 Mark und wird hierzu die Zustimmung erteilt. Punkt 12 der Tagesordnung, Festsetzung des Kammerei-Haushaltplans, wurde abgelehnt. Hieran fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

**Halberstadt, 18. Januar.** (Kindes mord.) Die Dienstmagd Auguste Diezert, welche sich wegen Kindesmords in Untersuchungshaft befindet, wurde Montag vormittag von einem Kriminalbeamten nach Gröningen gebracht, um dort die Stelle anzugeben, wo sie Anfangs November v. J. ihr Kind verscharrt haben wollte. Die Nachgrabungen an der betreffenden Stelle — in der Nähe des Bahnhofes — haben tatsächlich die Leiche des Kindes zutage gefördert. Die Leiche war zerstückelt.

**Halle, 18. Januar.** (Kanalarbeitung.) Die Stadtverordnetenversammlung nahm mit 37 gegen 14 Stimmen die vom Magistrat vorgelegte Kanalarbeitungsgebühr mit einigen Veränderungen an und bewilligte 20.000 Mark für den Ankauf des Galgenbergs.

**Köthe, 18. Januar.** (Fleischnot in Südwestafrika?) Daß eine solche in der herrlichen deutschen Kolonie besteht, muß man nach dem „Köthe Wochenblatt“ annehmen. Es berichtet nämlich in seiner Nummer 3, daß am 30. d. M. mit dem Dampfer „Belgrad“ eine zweite „Schweineverfrachtung“ nach Afrika geht. Wenn unsere Kolonie mit „Schwein“ überschüttet wird, dann wird doch der „glorreiche“ Feldzug gegen die Hereros bald ein Ende haben. Uebrigens werden die Mannschaften es nicht ungern sehen, wenn sie statt der jetzigen kärglichen Tagesrationen Schweinebraten in Hülle und Fülle erhalten.

**Weskau, 18. Januar.** (Todesurteil.) Ein schweres Unglück ereignete sich in der Zimmernischen Tongrube. Der Handarbeiter Paul Menz war im Begriff einen Kessel zu befestigen, als er plötzlich in die Grube stürzte. Menz war sofort tot, er war 21 Jahre alt und ledig.

**Nordhausen, 18. Januar.** (Aufgehobenes Todesurteil.) Auf die Revision des Buchhalters Georg Curtius, der am 9. November vom Schwurgericht wegen Ermordung seiner Geliebten zum Tode verurteilt war, hob das Reichsgericht aus formalen Gründen das Urteil auf und verwies die Sache an das Schwurgericht zurück.

**Stendal, 17. Januar.** (Parteitagsbericht.) Am Sonntag referierte Genosse Bunder (Magdeburg), in einer stark besuchten öffentlichen Versammlung über den preussischen Parteitag. Redner verurteilte es, in einer nahezu zweifelhafte Rede in padender Weise den Anwesenden den Verlauf des preussischen Parteitags vor Augen zu führen. Hauptächlich das Schul- und Wohnungswesen, welches auch hier in seiner ganzen Schärfe zu spüren ist, interessierte die Zuhörer. Einen wahren Entrüstungsturm erweckten die Schilderungen über die erbärmliche Behandlung der Dienstmägden auf dem Lande und daß man noch davon sinne, die Lage der Landproletarier weiter zu verschlechtern. Nachdem Redner noch das elende Landtagswahlrecht an vielen Beispielen geschildert hatte, bringt er noch den frommen Wunsch der hiesigen Presse zum Ausdruck, welche alle Teilnehmer des preussischen Parteitags wegen Schwereits eingestuft wissen möchte. Redner fordert zum Schluss die Parteigenossen auf, aus allen angeführten Gründen mit aller Schärfe und allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen jegliche Reaktion zu kämpfen. (Beifall.) In der Diskussion ergänzten unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse noch einige Genossen die Ausführungen des Referenten. Zum Schluss wurden auch einige Genossen im Wahlverein aufgenommen.

**Stendal, 17. Januar.** (Generalversammlung) des Wahlvereins für Stendal und Dierburg. Der Kassenbericht verzeichnete eine Gesamteinnahme inklusive Kassenbestand vom 3. Quartal 1904 von 206 Mark, Ausgabe 157,01 Mark, mithin Kassenbestand 42,99 Mark. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der jetzige Mitgliederbestand 115 beträgt. Außer den regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen haben zwei außergewöhnliche und drei Volksversammlungen stattgefunden. In Langenmünde wurden ebenfalls verschiedene Versammlungen und eine Kreisversammlung abgehalten. In den Vorstand wurden gewählt: Vorsitzender und Kreisvertrauensmann Ph. Wraga, Kassierer Genosse Trümper, Schriftführer Genosse Gräbe. Die Zeitungskommission setzt sich aus den Genossen Otto Schulz, Lemme und Wraggraf zusammen. Der am 1. d. d. der jetzige Kolporteur seinen Posten niederzulegen beabsichtigt, veranlaßte die Genossen, sich wiederum mit dieser Frage zu beschäftigen. Nach längerer Debatte war die Versammlung damit einverstanden, daß der Genosse August Gauzer ab 1. Februar als Kolporteur fungiere. Die Regelung der Bezugsbedingungen wurde zurückgestellt bis zur Februar-Versammlung, zu welcher ein Mitglied der Geschäftsleitung der „Volksstimme“ eingeladen werden soll. Von der Kalender-Agitation weiß der Vorsitzende zu berichten, daß ein einzelner Genosse zu große Anforderungen gestellt sind bei der Verbreitung. Im übrigen haben die Kalender gute Aufnahme gefunden, und ist das Landgebiet noch niemals so intensiv bearbeitet worden. Zur Unterfertigung des Passiers wurde der Genosse Gräbe zum Hilfskassierer gewählt. Einige Punkte mußten der vorgerückten Zeit wegen zurückgestellt werden. Hieran Schluss.

**Wernigerode, 18. Januar.** (Wahlvereins-Versammlung.) Eine leider nur mäßig besuchte Versammlung des Wahlvereins fand heute im „Volksgarten“ statt mit der Tagesordnung: Berichterstattung vom preussischen Parteitag und Verschiedenes. Genosse Bartels, der zum ersten Punkt der Tagesordnung das Referat übernommen hatte, erledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise, indem er auf die hohe Bedeutung des ersten Preussentages hinwies. Er führte den Anwesenden ein klares Bild über die unter leitendster Mitwirkung einer Anzahl Landarbeiter erledigte Tagesordnung vor Augen. Hauptächlich beschäftigte sich der Referent mit der Wohnungsfrage unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Genossen Heimann-Berlin. Von den Mängeln und Einseitigkeiten des Gesetzeswerks könne man sich z. B. dadurch überzeugen, daß wenn der Entwurf seiner jetzigen Fassung Gesetzeskraft erlange — welche ihn auch jedesfalls durch das Junterparlament verheeren würde — in dem über 10.000 Einwohner zählenden Wernigerode die Wohnungsaufsicht eingeführt würde, in den Vororten Hasserode und Röschenrode aber nicht. Das Fehlen von Bestimmungen über die Fenster kritisierte der Redner ebenfalls scharf und wies darauf hin, daß Wohnungen mit nur einem Fenster vorhanden sind und dieses oberhalb der Dächergrube sich befindet. Weiter führte der Referent den Versammelten eine Anzahl auf dem Parteitag an die Öffentlichkeit gezogener Mißstände der Wohnungen auf dem Lande an und kam zu dem Schluss, daß die Wohnungsverhältnisse auf dem flachen Lande noch schlimmer seien als in mittleren Städten. Um den hiesigen Interessenten ein recht anschauliches Bild von den gesprochenen Verhandlungen zukommen zu lassen, und um den stattgefundenen Verhandlungen des Parteitags auch die ihnen gebührende Würdigung zuteil werden zu lassen, kündigte Genosse Bartels an, die Berichterstattung auf die beiden nächsten Versammlungen ausdehnen zu wollen und über die beiden Punkte Schulfrage und Kontraktbuchfrage gesondert zu referieren. Bei Punkt Verschiedenes wurde lebhaft gellacht über den schlechten Besuch der Ver-

ammlung... wurde gedruckt, welche im auf...  
Zudem man für Einführung von Monatskarten zum Preise von 1 Mark.

### Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 17. Januar 1905.

**Kindes mord.** Die erste Sache richtet sich gegen die unverschämte Luise Wläh aus Werddorf, geboren am 21. August 1885, die des Kindesmordes beschuldigt ist. Die Angeklagte lebte im Hause ihrer Eltern, die eine kleine Ackerwirtschaft betreiben und soll daselbst am 12. November v. J. ihr uneheliches Kind gleich nach der Geburt dadurch getötet haben, daß sie es in einen gefüllten Eimer steckte. Die in nichtöffentlicher Sitzung geführte Verhandlung überzeugte die Geschworenen nicht von der Schuld der Angeklagten, sie verneinten die Schuldfrage, was zur Folge hatte, daß die Angeklagte freigesprochen wurde.

**Sittlichkeitsverbrechen.** Die zweite ebenfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführte Verhandlung hatte ein Sittlichkeitsverbrechen zum Gegenstand, dessen der Arbeiter Hermann Voigt aus Borne, geboren 1881, verurteilt, beschuldigt ist. Der Angeklagte soll am 10. September 1904 verurteilt haben, eine polnische Arbeiterin zu vergewaltigen, soll sie dabei auch mißhandelt haben. Dem Bittspruch der Geschworenen gemäß, die mildere Umstände bewilligt hatten, lautete das Urteil des Gerichtshofs auf 1 Jahr Gefängnis.

### Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 17. Januar 1905.

**Fahrlässige Körperverletzung.** Der Arbeiter Fritz Bende hier, geboren 1881, bog am 7. Oktober 1904 mit seinem Fuhrwerk in scharfem Trabe links um die Ecke in die Königstraße ein und stieß dabei einen 8 Jahre alten Knaben an, der Verletzungen davontrug. Der Angeklagte wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung im Verein mit Uebertretung der Straßenpolizei-Verordnung zu 30 Mark Geldstrafe ev. 6 Tagen Gefängnis verurteilt.

**Eine Freisprechung.** Der Arbeiter Walter Dohsteburg zu Schönebeck, geboren 1880, wurde vom der Anklage der gefährlichen Körperverletzung freigesprochen.

**Ein „Gemütsmenschen“.** Der Arbeiter Bernhard Harisch zu Gommern, geboren 1876, überfiel in der Nacht zum 20. September 1902 den Arbeiter Muhr während er schlief, würgte ihn und zog ihn aus dem Bett. Am 21. September 1902 abends packte Harisch den Muhr und warf ihn die Treppe hinunter. Der Angeklagte erhielt wegen Körperverletzung in zwei Fällen 1 Monat Gefängnis.

**Zurückgenommene Berufung.** Der Handelsmann Ferdinand Hilbert hier, geboren 1866, wurde vom Schöffengericht am 22. November 1904 wegen Körperverletzung zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte am 19. September vormittags den Privatmann Dannehl auf der Straße angegriffen und mit dem Spazierstock geschlagen. Die Berufung des Angeklagten wurde zurückgenommen.

**Meuterei.** Die Gefangenen Kellner Albert Fiedendeb, geboren 1880, Schlosser Georg Beebe, geboren 1880, Arbeiter Gustav Florin, geboren 1884, und Maurer August Förster, geboren 1883, verurteilt, in der Nacht zum 4. Dezember 1904 aus der gemeinschaftlichen Zelle im hiesigen Gefängnis auszubringen. Sie zerrissen die Ketten und machten eine Leine daraus. Dann wollten sie ein Loch in die Fenstertür durchbrechen. Nach mehrstündiger Arbeit wurde der Fuchplan von einem Aufseher entdeckt und vereitelt. Die Kammer erkannte wegen gemeinschaftlicher Meuterei gegen Beebe einschließlich der noch abzubühenden 18 Monate Gefängnis auf insgesamt 1 Jahr 8 Monate Gefängnis, gegen die übrigen Angeklagten auf je 8 Monate Gefängnis.

### Militär-Justiz.

Zwei Militärgerichts-Urteile.

**Wegen Mißhandlung, vorchriftswidriger Behandlung und Verleumdung eines Untergebenen** hatte sich vor dem Kriegsgericht in Dresden der Unteroffizier Watern vom 4. Feldartillerie-Regiment Nr. 13 zu verantworten. Nach der Anklage hat der Marschall eines Tages Anfangs November beim Geschützregiment den Rekruten Müller demnach an der Nase gezerrt, daß sie blutete. Bei einer andern Gelegenheit, und zwar ebenfalls im Dienst, verlegte er ihm einen heftigen Stoß mit der Faust gegen den Rücken, daß der Mann infolgedessen mit dem Unterleib gegen das Verstellgitter des Geschützrohres anprallte und mehrere Tage lang Schmerzen empfand. Beim Turnen am 12. Dezember soll der Angeklagte den Genannten am Halbe geschwungen und ihm obendrein noch einen Stoß in den Rücken versetzt haben; Müller blutete am Halbe. In einem weiteren Falle faßte er den Mann am Arme an und schüttelte ihn dann von sich ab, wobei er äußerte: „Wenn ich Sie nur vergiften könnte, es wäre mir eine große Freude, da brauchte man wenigstens wieder mal einen Tag nichts zu machen!“ Durch die Zeugenvernehmung wurden die Hofeinen des Unteroffiziers in der Hauptsache bestätigt. Der Verteidiger, der Batteriechef des Angeklagten, meinte, er würde es ganz besonders bedauern, wenn durch die Geschichte der Angeklagte seine militärische Laufbahn ausgehen müßte, da nach dem neuesten kaiserlichen Erlass mit allen wegen Mißhandlung bestraften Unteroffizieren nicht mehr kapituliert werden soll; er bitte deshalb, höchstens vorchriftswidrige Behandlung anzunehmen. Das Gericht gab dem Antrage des Verteidigers statt und erkannte wegen vorchriftswidriger Behandlung eines Untergebenen in drei Fällen und Verleumdung in zwei Fällen auf — sieben Tage gelinden Arrest. Der Vertreter der Anklage hatte drei Wochen mittleren Arrest beantragt.

**Auf Beharren im Ungehorsam** vor versammelter Mannschaft lautete die Anklage gegen den Kanonier Weber von der 2. Batterie des 1. Feldartillerie-Regiments Nr. 12. Am 11. Dezember kommandierte der Unteroffizier Müller, als die Mannschaft zwecks Ablösung der Wache angetreten waren: „Augen links!“ Diejem Befehl ist W. nicht nachgekommen, hat vielmehr der Kopf nur etwas nach hinten genommen und, wie der hinzukommende Wachmeister erklärte, ein klein wenig nach links gesehen. Der Wachmeister wiederholte darauf zweimal den Befehl, doch ohne Erfolg. Von einem dritten Befehl wurde abgesehen, da viele Zivilisten vor dem Haupttor der Kaserne standen und den Vorfall beobachten konnten. Zu seiner Entschuldigung brachte der Angeklagte vor, daß er damals einen Schußverband aus Heftpflaster am Halbe gehabt habe, was eine Spannung verursacht habe, so daß er den Kopf, ohne Schmerzen zu empfinden, nicht ordentlich hätte wenden können. Das Gericht hielt „bewußten Ungehorsam“ für vorliegend und verurteilte den Mann zu 6 Wochen 1 Tag Gefängnis.

**Der Unteroffizier, der einen Soldaten in roher Weise mißhandelt und beschimpft**, wird mit 7 Tagen Mittelarrest bestraft, ein Soldat aber bekommt wegen einer krankheitshalber nicht recht ausgeführten Bewegung des Kopfes und der Augen 43 Tage Gefängnis! Wenn das Gericht im ersteren Falle den Intentionen des Hauptmann-Verteidigers gefolgt ist, dann wurde deshalb nicht Mißhandlung eines Untergebenen ange-

nommen und danach gemacht, damit ein fallendes Wetter...  
Zudem man für Einführung von Monatskarten zum Preise von 1 Mark.

### Aus einer kleinen österreichischen Garnison.

**Aus Olmütz wird berichtet:**  
Vor dem hiesigen Kreisgericht hatte sich die 15jährige Tagelöhnerin Marie Goral wegen Verbrechen der Auprolet und ihrer vierzehnjährigen Tochter Theresie wegen Verbrechen der falschen Heuratsanzeige zu verantworten. Die Goral hatte ihre Tochter schon zu einer Zeit, wo dieser noch acht Monate an den vierzehn Jahren fehlten, insgeheim an Offiziere verheiratet und als diese das vierzehnte Lebensjahr überschritten hatte, sie ganz offensichtlich zur Prostitution angehalten. Theresie Goral hatte in der Untersuchung als Zeugin, um die Mutter zu retten, falsch ausgesagt. Sie wird aus dem Spital vorverhört und erscheint in kurzen Kleidern vor Gericht.

Die Mutter ist ein halber Krüppel, ihr Mann ist ein Trunkenbold, der für die Familie gar nichts bringt; so mußte die Tochter die Familie erhalten. Sie ging zuerst — noch bevor sie vierzehn Jahre alt war — in eine Fabrik, wo sie zuerst für 32 Pf., später für 34 Pf. täglich arbeitete. Mutter und Tochter hungerten. So kam die Mutter auf den Gedanken, die 13jährige Tochter zu verheiraten, und nun können beide sich nicht nur satt essen, sondern auch anständig kleiden. Der erzie, den; dies unmündige Kind zugeführt wurde, war ein Oberleutnant des hiesigen Jäger-Regiments, der dafür 5 Kronen zahlte. Später allerdings — offenbar aus Angst vor einer Anzeige — nach 20 Kronen. Als das Mädchen vierzehn Jahre alt geworden war, wurde sie bei weiteren Kreisen von Offizieren beliebt. Sie und ihre Mutter erzählten von Offizieren, die sehr billig ihr Liebesbedürfnis befriedigen wollten, indem sie nur ein Nachtmahl zahlten und von Kaffee, die die Theresie Goral und eine Freundin zu sich in die Kaserne luden und sie dann hinauswarfen, ohne ihnen zu zahlen.

Das Urteil lautete auf 1 Monate Zuchthaus für die Mutter und 6 Wochen Gefängnis für die Tochter. Außerdem wurde beschlossen, der Mutter die elterliche Gewalt über das Kind zu ziehen und die Tochter zur Beantragung zu empfehlen. Die Akten wurden dem Militärgericht abgetreten zur Untersuchung gegen die Offiziere, die die Theresie Goral, bevor sie vierzehn Jahre alt geworden war, mißbraucht hatten. Man kann neugierig sein, was bei dieser Untersuchung herauskommt. Derartige Fälle sind ja in Olmütz nicht selten.

### Verlässliche Nachrichten.

**\* Schmugglerkniffe.** In der Nacht zum 31. Dezember bemerkte ein russischer Grenzjäger des Stationshauses am Grenzübergang nach Tautoggen, wie sich zwei Männer in auffälliger Weise an der Grenze umhertreiben. Sie trugen Säcke auf dem Rücken, bückten sich, standen wieder auf, näherten sich einander; zweifellos, die beiden stürten waren Schmuggler. Der Soldat legte sich nun, um nicht bemerkt zu werden, auf den Leib und kroch so den beiden Gestalten näher; dann sprang er plötzlich auf und donnerte ihnen mit angelegtem Gewehr ein „Halt, wer da!“ entgegen. Keine Antwort. Und als dasselbe Resultat auch der zweite und dritte Anruf hatte, die beiden Kerle vielmehr die Arme erhoben und drohten, gab der Posten Feuer. Ein teuflisches Aufschreien, ein Fluch, dann ein — Schuß waren die Antwort. Nun glaubte der Soldat nichts andres, als daß er zwei Gestalten aus der Hölle vor sich habe, und begann sich zu bekreuzigen, schöpfe aber wieder Mut, als die benachbarten Grenzwächter, durch die beiden Schüsse alarmiert, von beiden Seiten herbeieilten und abermals ertönte das gebieterische „Halt, wer da!“ durch die Nacht, und als auch dieses mit abermaligen Drohen und Fluchen, das sich wie aus weiter Ferne vernehmen ließ, beantwortet wurde, drang man kühn auf die Kerle ein, da — ein abermaliger Schuß, ein weiterer, und einer der Soldaten war an der Hand verletzt. Nun trachtete auf der Seite der Soldaten eine ganze Salve, und endlich brachen die unheimlichen Gestalten getroffen zusammen. Wer aber beschreibt nun Enttäuschung und Schreck der Grenzwächter, als man statt zweier Schmugglerleichen zwei — angekleidete Strohpuppen vorfand! Der an einer dieser befestigte Revolver, die an dessen Abzug sowie an den Puppen selbst befestigten Bindfäden und Leinen Klärten ihnen alles auf: sie waren das Opfer eines höchst raffinierten Schmugglerkniffs geworden, der von der nahen umwaldeten Schucht aus geschickt in eine gesteckt war. Der ganze Kniff war darauf angelegt, die Grenzbeamten in der Hörweite der Schüsse nach dem „Tatort“ zu locken, um dann dort die auf diese Weise unbewachte Grenze schnell überdrehen zu können. Zur näheren Untersuchung wurden die beiden Strohpuppen nach dem Grenzfordon geschafft, und nun hielten die zornigen Soldaten auf diese ein, bis sich plötzlich ein schrilles Pflurren aus einem der Säcke hören ließ. Abermaliges Stutzen. Dann öffnete man den Sack und jagte kläronte den Soldaten der Luft von vergoffenem Spiritus entgegen: die im Stroh entdeckten Glascherben belehrten die Soldaten, daß ihre Siebe die „kostbare Flasche“ getroffen. Und daß diese gerade für sie bestimmt war, verriet ihnen ein am Flaschenhalse hängender Zettel mit folgendem richtig und gut geschriebenen Reim in polnischer Sprache: „Der Gou war gut, wir danken euch, noch zehnmal so, sind wir bald reich. Wir tranken darauf Wein und Bier, für euch bleibt dieser „Wotki“ hier. Saugt euch daran nur voll und toll. Und denkt nicht an berlornen Joll; Gätt' ihr durch uns ihn nicht verloren, Gatt'n andre euch dafür über die Ohren. So wird's nun einmal heut gemacht, lebt wohl, Soldaten, gute Nacht!“ — Trostlos sofort die ganze Umgegend abgesehen wurde, war nichts von den poetischen Schmugglern zu ermitteln; es ist aber bei dem mit ebensoviel Gewandtheit, als Geistesgegenwart und Kühnheit inszenierten Streich zweifellos, daß es galt, Sachen von bedeutendem Wert über die Grenze zu bringen.

**\* Glitterwochen in Port Arthur.** Zu der Exkorte des General Stössel bei der Uebergabe von Port Arthur gehörte auch der Leutnant Nowelsky. An seinem Hochzeitstage erhielt der Leutnant den Befehl, sich nach Port Arthur einzuschiffen. Auf seine Bitte wurde ihm erlaubt, seine junge Frau mitzunehmen. Selten wurden wohl die Glitterwochen unter so merkwürdigen Bedingungen verlebt. Frau Nowelsky-

**Verein-Kalender.**

**Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg.** ... **Cracau. Frauen-Bildungsverein.** ...

**Briefkasten.**

**D. an.** Die genaue Höhe der Invalidenrente lässt sich nur ... **S. G., Tscheln.** Wahrscheinlich ist eine der Luftungskarten ...

**Marktberichte.**

**Magdeburg, 17. Januar.** (Mittliche Notierungen.) Die Notierungen verließen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei ...

**Viehmarkt.**

**Magdeburg, 17. Januar.** (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 252 Rinder, 218 Kälber, 156 Schafvieh ...

**Wasserstände.**

Table with columns for location (e.g., Jher, Eger und Moldau), date, and water level changes. Includes sub-sections for 'Innsbrunn und Saale' and 'Milde'.

**Vereine und Versammlungen.**

**Frauen- und Mädchen-Bildungsverein.** Am Montag fand bei A. Vater, Knochenhauerufer 27-28, eine gut besuchte Generalversammlung statt. ...

**Wahlkreis Calbe-Aschersleben**

**Öffentliche Versammlungen zur Reichstagswahl.** Mittwoch den 18. Januar, abends 8 Uhr, in „Stadtpark“ in **Schönebeck**. ...

**Zigarren!**

Zu ausnehmend billigen Preisen empfiehlt: **Sumatras** 22, 25, 28 und 30 Stk. ... **Blatteinlage** 20 Stk. ... **Zigaretten** 70 Stk. ...

**Sichere Existenz**

**Klempnerei ohne Laden** Umkehrhalter verkaufen meine gutgehende ...

**Odeum. Halberstadt. Odeum.**

**Sonntag den 22. Januar 1905** abends 6 1/2 Uhr **Grosser öffentlicher Masken-Ball** unter **Mitwirkung des Arbeiter-Landesvereins „Freiheit“**. ...

**Nähmaschinen-Reparaturen.** Reparaturen an Nähmaschinen, auch Spezialmaschinen aller Systeme und Fabrikate werden sofort und sachgemäß in unserer Reparaturwerkstatt ausgeführt. ...

**Kristall-Seife** ganz helle chemisch reine Schmierseife zu allen Zwecken gebräuchlich. **Elektra-Seifen** weiße und gelbe, in ganz harten ausgetrockneten 1/2 Pfd.-Stücken für den Haushalt und für die Wäsche. ...

**Seifenpulver I** eigne Marke, bestes Seifenpulver mit garantiert hohem Fettgehalt in roten 1/2 Pfd.-Packeten. ...

**Konsum-Verein Heilbadis.** Fahrrad- und Nähmaschinen-Reparaturen werden prompt und billig ausgeführt. ...

**Kanarienvogel-Sänger** hochst. präpariert und gelobten Meisen, Stamm Schicht, Kanarienvogel und Vorkäfer ist es gewohnt, vor Antritt seiner Singtätigkeit gut anzuhören) gebe preiswert ab. ...

**Wilh. Kaye, Thale** am Steinbruchweg 23.

**Waschen Sie schon mit Kluges Seifensalmiak?** Gänsefett. ...

**KL. Zigarrengeschäft** in Magdeburg für 350 Stk. zu verkaufen. ...

**Schneiderlehrling** sucht sofort **Gustav Kette, Kaiserstraße 1**

**Wohnhaus** sofort zu verkaufen **St. Dittzeleben, Feldstr. 69a**

**Beerdigung.** Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes, sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, die ihm das letzte Geleit gaben, und seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, meinen herzlichsten Dank. ...

**Endenburg, 17. Januar.** Aufgebote: Eilen-Verfasser Schlosser Karl Franz Ludw. Werdhold mit Anna Marie Luise Noalla. ...

**Meta Anding** geb. Rahmayer. Dies zeigt tiefbetruht an der Gatte 923

**Emil Anding.** Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Neustädter Friedhofs aus statt.

**Neustadt, 17. Januar.** Aufgebote: Herrschaft Rutsch. Herr Christ. Bormann mit Marie Gräffschad. ...

**Gustav Bühring** am Dienstag früh infolge eines unglücklichen Falles verstorben ist. Um stille Teilnahme bitten

**Staudesamt.** Magdeburg, 17. Januar. Geburten: Karl, S. des Schmieds Hermann Krusch. ...

**Stadt-Theater.** Donnerstag den 19. Januar 1905 **La Traviata.**

**Walhalla** Weltstädtischer hochinteressanter Spielplan Durchschlagsender Erfolg jeder einzelnen Programm-Nummer

**Im Zirkus** Donnerstag **Onkel Toms Hütte.**

**Wohnhaus** sofort zu verkaufen **St. Dittzeleben, Feldstr. 69a**

**Wohnhaus** sofort zu verkaufen **St. Dittzeleben, Feldstr. 69a**

**Wohnhaus** sofort zu verkaufen **St. Dittzeleben, Feldstr. 69a**

Mittheil.

Die Parteiverammlung im „Weissen Hirsche“ war von...
sich die Beschlüsse der Parteiverammlung im „Weissen Hirsche“...

In den Ausschuss werden gewählt für den Norden Genosse...
für den Süden die Genossen Hubener und Hohnstein.

Genosse W. Meyer teilt mit, daß an Stelle des nach Breslau...
verzoogenen Genossen Albert Genosse Wittmar aus Hamburg in die...

Wilhelmstadt

gab zunächst Genosse Tielich die Gründe bekannt, warum in diesem...
Jahre von einer Verköstlichung des Jahresberichts des Sozialdemokratischen...

Neue Neustadt.

Die Bezirksversammlung im „Weissen Hirsche“ war mäßig besetzt...
Als Bezirksführer bzw. Kassierer wurden wiedergewählt die Genossen...

Alle Neustadt.

Die Versammlung erledigte in glatter Weise die Punkte der...
Tagesordnung. In der Wiederbesetzung des Vereinsvorstandes durch...

Die Vorträge des Gewerkschaftskartells...
über Theorie und Praxis des Gewerkschaftswesens werden heute, Mittwoch, abend fortgesetzt.

Der Lohnarbeiter und seine Stellung im...
kapitalistischen Produktionsprozeß. Handwerksmäßige und kapitalistische Produktion.

Der Vortrag beginnt pünktlich 8 1/2 Uhr. Die organisierten Arbeiter werden ersucht, sich zahlreich an den Vorträgen zu beteiligen.

Ein „Mutterbetrieb“. Daß die Arbeiter der Maschinen- und Armaturenfabrik E. L. Strube sehr unter den dort bestehenden Mißständen zu leiden haben, konnte erst kürzlich in der „Volksstimme“ festgestellt werden.

Die Arbeiter auch nicht das geringste, was in sozialpolitischer...
und finanzieller Hinsicht von jedem einflussreichen Arbeitgeber erwartet werden kann.

Die Anmeldung schulpflichtiger Kinder. Wie wir mehrfach mitteilen, muß die Anmeldung schulpflichtiger Kinder jetzt erfolgen.

Die Herrschaften wollen das nicht! Die Frau eines schlichten Arbeiters war gerüht, bei einem einfachen Krämer in der Sudenburg einige Kleinigkeiten einzukaufen.

Auf die Revision verzichtet haben die Auskettler Günther und Voigt, die vom Oberkriegsgericht zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Spiele nicht mit Schießgewehren. Im November v. J. kaufte der Arbeitsschreiber Schmidt zu Sudenburg von einem anderen fünfzehnjährigen Jungen ein 5 Millimeter Pistol und verschaffte sich dann Kugelpatronen dazu.

Auf die Revision verzichtet haben die Auskettler Günther und Voigt, die vom Oberkriegsgericht zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Polnischer Scheimbundprozess. Vor dem Landgericht zu Gleiwitz hatten sich 22 Personen, darunter zehn Mädchen im Alter von 18-21 Jahren, wegen Verführung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten und wegen Scheimbunderei zu verantworten.

Kleine Chronik.

Ein Tiefsender. Auf seinen eigenen Antrag hin hat der Landtagsabgeordnete Fabrikant Hoffmann in Detmold beantragt, daß die 1900 erfolgte Verleihung des Titels eines Kommerzienrats amtlich wieder rückgängig gemacht werden soll.

Sittliche Verrohung in höchster Potenz. Ein Vorfall, der von unglaublicher Rohheit zeugt, hat sich auf dem Hofe Willy bei Penrade bei der Beerdigung des Diensthingens Johannes Wendigen zugetragen.

Meisterstecherei unter Studenten. Im „Löwenbräu-Keller“ in München gab es am Sonntag abend eine Meisterstecherei unter Studenten.

Bahnstabsbrand. In Schwerin i. Meckl. steht das neue Bahnstabsgebäude in Flammen. Der Verkehr ist unterbrochen.

Beim Schlitzenlaufen ertrunken. Bei Köln verunglückte sich eine Anzahl Kinder auf einer aufgeführten Riegschleife mit Schlitzschlaufen.

Postenjäger. Die Sehnsucht nach dem Bürgermeisterposten hat einen Ehrgeizigen zu folgendem Interzess veranlaßt, daß wir im Grandenzer

„Volksstimme“ finden. Welche Stadt wohl einen größeren Nutzen zum Wohlergehen der Bevölkerung hat die im Jahre 1904...

Ein empfehlenswerter Waffe. Ein netter Seelforger hand von der Strassammer Kasse, senburg. Der Kaplan Deppisch aus Delgenbrücken wurde wegen Vernachlässigung... Handlungen mit Schullinern zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Sittenverbrechen eines Erstklassigen. Das Landgericht in Bamberg verurteilte den Großkaufmann, Hauptmann der Reserve Johann Hammerbacher-Nürnberg zu 6 Monaten Gefängnis.

Große Kälte und Schneestürme. Im Erzgebirge ist bei strenger Kälte wieder heftiger Schneesturm eingetreten. Der erneute Berstschneehang verursacht. Wegen die Verwehungen vermag selbst der Schneepflug nichts anzurichten.

Vom Schlitten totgefahren. Zwischen Blumenau und Birkel, auf der Schwarzastrecke, ist von einem schon gewordenen Schlittengepann ein Handwerksbursche tödlich verunglückt.

Zurückgewiesene Einwanderer. Aus New-York wird berichtet, daß seit dem 1. Januar 1100 Einwanderer abgewiesen worden sind.

59 Menschen tödlich verunglückt. Eine Katastrophe, die 59 Menschenleben forderte, hat eine nordwestliche Ortschaft am Länvandssee bei Neshal nördlich von Bergen heimgejucht.

Letzte Nachrichten.

Der Kampf im Ruhrgebiet.

(Signe. Drahtbericht der „Volksstimme“.)

-d. Dortmund, 18. Januar.

Der Generalstreik ist jetzt fast allgemein. Auf fast 200 Zechen sind ungefähr 230 000 Bergleute ausständig. Heute verhandelt die Bergbehörde mit den Unternehmern.

Hd. Essen, 18. Januar. Ueber die gestern stattgehabte Konferenz des Regierungskommissars mit der Siebener-Kommission in Dortmund wurde dem Essener Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“ von befehlensrichter Seite folgendes mitgeteilt: Bei Entlassung der Arbeiterdelegierten sagte der Oberbergbaupräsident: (den Vertretern der Gewerkschaften) konzentrieren, vielleicht aber auch wieder allein. Dies zeigt offenbar, daß er selbst nicht allzuviel Hoffnung hegt, daß eine Verständigung oder auch nur eine Zusammenkunft der Parteien zu erzielen sein werde.

Hd. Gelsenkirchen, 18. Januar. Hier herrscht völlige Ruhe. Die beiden von Berlin gekommenen angeblichen Anarchisten sind wieder freigelassen worden.

Hd. Berlin, 18. Januar. Der Vorstand des Kohlenindustriats hat nach Mündschreiben erklärt, daß das Syndikat infolge des Streiks die festgesetzten Lieferungskontrakte nicht einhalten könne.

Hd. Essen, 18. Januar. Der Bürgermeister von Witten erklärte vor einer Belegschaftsversammlung, er verzichte auf die Verstärkung der Polizei durch Gendarmerie.

Hd. Gelsenkirchen, 18. Januar. Eine von etwa 200 Bergleuten besuchte Versammlung beschloß, sich dem Bergarbeiterstreik anzuschließen.

Hd. Dortmund, 18. Januar. Der von Köln nach dem Ruhrgebiet abgereiste Oberpräsident der Rheinprovinz, Rasse, trifft hier mit der ministeriellen Kommission und den Vertretern der Bergarbeiter zusammen.

Hd. Essen, 18. Januar. Bei Gladbeck in Hagen sind 1800 Mann von zwei Schlagwerken wegen Kohlenmangels abgelegt worden.

Hd. Bressan, 18. Januar. Oberbayerischen Wäldern zufolge erhielt die Deutschland-Grube in Schwientochlowitz bereits gestern aus Westfalen Kohlenabfertigungen auf telegraphischem Wege.

Hd. Bochum, 18. Januar. Die Folgen des Ausstands machen sich in der Zandurte bereits empfindlich bemerkbar, namentlich die hiesigen Eis- und Portland-Zementwerke leiden sehr unter Kohlenmangel.

Hd. Berlin, 18. Januar. Die Arbeitsaufnahme der Zwickauer ist gestern in der größten Zahl aller Betriebe ohne weitere Zwischenfälle erfolgt.

Hd. Nagasaki, 17. Januar. Die „Australen“ ist heute abend mit dem General Stöckel, seiner Frau und 585 Russen, darunter 245 Offiziere und Frauen, abgegangen.

Hd. Tokio, 18. Januar. Reichliche Vorräte und Munition werden täglich in Port Arthur entdekt. Die in Port Arthur aufgefundenen Geschosse sind fast alle noch brauchbar und die Kriegsgefangenen kommen mit Schiffen und Eisenbahn an und werden von den anwesenden Offizieren mit Banan-Äpfeln empfangen.

# H. Lublin

## Inventur-Räumungs-Verkauf

Mittwoch  
Donnerstag

## Pelzwaren

Pelz-Kolliers		
Ranin-Kolliers	Wert 1.10 1.25 1.75	
	<u>Inventurpreis</u> 60 85 1.10	
Seal-Bisam-Kolliers	Wert 5.50 9.50 11.50	
	<u>Inventurpreis</u> 3.50 6.50 7.50	
Nutra-Kolliers	Wert 1.75 3.00 3.50 6.75	
	<u>Inventurpreis</u> 1.00 1.50 2.00 4.25	
Nerz-Murmel-Kolliers	Wert 3.00	
	<u>Inventurpreis</u> 1.50	
Pelz-Krawatten	Ranin 4.25 Nutra 6.75	
	<u>Inventurpreis</u> 2.50 4.50	
Lammfell-Böas	Länge 75 90 135 150 175 cm	
	<u>Inventurpreis</u> 25 35 90 1.10 1.35	
Knaben-Kragen	Ranin 1.35 1.80 Murmel 3.25	
	<u>Inventurpreis</u> 90 1.20 2.00	
Herren-Kragen	Ranin 3.25 Nutra 7.25 9.00 12.00	
	<u>Inventurpreis</u> 2.00 4.75 6.00 7.50	

Pelz-Stolas		
Mouflon-Stolas	Wert 11.50 18.50 27.00	
	<u>Inventurpreis</u> 7.50 10.50 17.50	
Sealkanin-Stolas	mit weiß Ranin-Beflag Wert 18.00	
	<u>Inventurpreis</u> 10.00	
Astrachan-Stolas	Wert 25.00 15.00	
	<u>Inventurpreis</u> 17.50 9.50	
Persianer-Stolas	Wert 115.00 75.00 62.00 50.00 40.00	
	<u>Inventurpreis</u> 75 55 48 37.50 27.50	
Steinmarder-Kolliers	Wert 130.00 60.00	
	<u>Inventurpreis</u> 96.00 43.50	
Maulwurf	60.00 Nerz 45.00 Jltis 6.00	
	<u>Inventurpreis</u> 37.50 30.00 4.00	
Astrachan imit. Stolas	Wert 3.00	
	<u>Inventurpreis</u> 1.50	
Kinder-Muffen		
Schwarz Kanin	Wert 90 Pf.	
	<u>Inventurpreis</u> 60 Pf.	
Schwarz Krimmer	Wert 90 1.35 2.25	
	<u>Inventurpreis</u> 50 75 1.00	

Pelz-Muffen		
Ranin	Wert 1.20 1.75 2.25 2.75 3.75	
	<u>Inventurpreis</u> 70 1.00 1.40 1.75 2.25	
Rasé-Kanin	Wert 2.25 3.25 4.25 4.50 6.00	
	<u>Inventurpreis</u> 1.50 2.00 2.75 3.00 3.75	
Seal-Bisam	Wert 6.00 9.00 12.00	
	<u>Inventurpreis</u> 4.50 6.00 8.00	
Murmel	Wert 3.25 4.50	
	<u>Inventurpreis</u> 2.25 3.00	
Nutra	Wert 5.50 6.50 10.50	
	<u>Inventurpreis</u> 4.00 4.50 7.00	
Imit. Chinchilla	Wert 5.00 6.50	
	<u>Inventurpreis</u> 3.00 4.00	
Natur-Bisam	5.25 Nerz-Bisam 6.50	
	<u>Inventurpreis</u> 3.50 4.50	
Grebis	Wert 7.50	
	<u>Inventurpreis</u> 5.00	
Persianer	16.50 20.00 27.00 33.00	
	<u>Inventurpreis</u> 11.00 12.50 19.50 23.00	
Jltis	15.00 22.50 Nerz 22.50 33.00	
	<u>Inventurpreis</u> 10.00 16.50 15.00 24.00	
Taschen-Muffen	8.00 10.50 12.50	
	<u>Inventurpreis</u> 4.50 7.00 7.75	
Muffketten	Wert bis 25	
	<u>Inventurpreis</u> 8	

Straussfeder-Böas	Wert 3.50-6.00	8.00-12.50	14.00-20.00	21.00-33.00
	<u>Inventurpreis</u> 1.70-3.75	4.50-6.75	7.75-11.50	13.50-19.50

## Wollwaren

100 Echarpes Halbweir	<u>Inventurpreis</u> 60
500 Frauen-Jäckchen für Damen	Wert 3.25 2.25 1.65 <u>Inventurpreis</u> 2.25 1.50 1.00
250 Herren-Jagdwesten	Wert bis 3.50 <u>Inventurpreis</u> 2.25 u. 1.75
Schutenhütchen für Kinder	Wert bis 4.75 <u>Inventurpreis</u> 1.00
2500 Damen-Untertailen	Trikot mit weißem eingewebtem Futter Wert bis 90 <u>Inventurpreis</u> 60 u. 50

4000 Paar Kinder-Leibhöschen	Trikot mit weißem eingewebtem Futter Länge 50 60 70 80 90 100 110 cm Wert 60 70 80 90 1.05 1.20 1.35 <u>Inventurpreis</u> 40 50 60 70 80 90 1.00
5000 Paar Herren-Beinkleider	Sigogae, leicht Wert bis 1.00 <u>Inventurpreis</u> 65 Sigogae, extra schwer klein und mittel groß und extra groß <u>Inventurpreis</u> 1.00 1.25
Ein Herren- und Damen-Beinkleider	kein Trikot, mit weißem eingewebtem Futter Wert bis 2.00 <u>Inventurpreis</u> 1.30
3500 Normal-Herrenhemden	Sigogae, schwere Qualität Wert bis 2.25 Größe 90 und 95 cm 100 und 105 cm <u>Inventurpreis</u> 1.00 1.30
	Wolle gemischt, schwere Qualität Wert bis 2.50 Größe 90 und 95 cm 100 und 105 cm <u>Inventurpreis</u> 1.30 1.50

1300 Paar Krimmerhandschuhe	mit Lederbeflag <u>Inventurpreis</u> 60
200 Paar Glacé-Handschuhe	mit Futter <u>Inventurpreis</u> 90
6000 Paar Damenhandschuhe	gestrickt - Trikot - gewebt - geringelt Wert bis 50 Wert bis 1.00 <u>Inventurpreis</u> 18 und 25 37 und 50
600 Paar Herren-Trikothandschuhe	gefüttert, mit Druckverschluss <u>Inventurpreis</u> 25
1800 Paar Kinderhandschuhe	Krimmer und farbig Trikot Wert bis 50 <u>Inventurpreis</u> 25 und 15